

DGAP 1973- 2003

ERINNERUNGEN
KARL KAISER



VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,
die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige
Politik (DGAP) wurde in ihrer bald 70-jähri-
gen Geschichte von wenigen Menschen so
nachhaltig geprägt wie von ihrem Direktor
Karl Kaiser. Als er sich 2003 aus der Rauch-
straße verabschiedete, mangelte es daher
nicht an Anerkennung. Die *Süddeutsche
Zeitung* sah in ihm einen „Fixpunkt im
Kosmos der internationalen Beziehungen“,
während er für die *Frankfurter Allgemeine
Zeitung* der „Dolmetscher der deutschen
Politik im Ausland“ war. Der damalige Außenminister
Joschka Fischer bezeichnete Karl Kaiser gar als einen
„transatlantischen Patriarchen“.

Mit enormer Leidenschaft für die internationale Ver-
ständigung hat Karl Kaiser zwischen 1973 und 2003 die
DGAP zu einer führenden außenpolitischen Denkfabrik
entwickelt. Seine vorliegenden Erinnerungen zeigen,
wie die DGAP in dieser Zeit maßgeblich die außenpoli-
tische Debatte in Deutschland prägte. Im Rahmen der
Neuen Ostpolitik war die DGAP ein Zentrum für den
Auf- und Ausbau der deutsch-polnischen Beziehungen.
Gleichzeitig war der Verein Diskussionsraum für die

schwierigen Fragen um den (Nicht-)Einsatz von Kernwaffen, als der Kalte Krieg sich erneut zuspitzte. Daneben leisteten die Expertinnen und Experten der DGAP Pionierarbeit in einer Reihe innovativer Politikfelder – von Umwelt- und Klimafragen bis zur Weltraumpolitik.

Wie Karl Kaiser in seinen Erinnerungen schreibt, trieben ihn in seiner Arbeit drei Leitgedanken besonders an. Erstens legte er größten Wert darauf, dass die DGAP stets als überparteiliches Forum für einen Austausch auf Augenhöhe gesehen wurde. Zweitens setzte er sich tatkräftig für einen Dialog zwischen politischer Praxis, Wirtschaft und Wissenschaft ein. Damit trug er wesentlich dazu bei, dass sich in Deutschland allmählich eine Strategic Community herausbildete. Und drittens wurde er nie müde, die außenpolitische Verantwortung Deutschlands für die Gestaltung des globalen Umfelds herauszuarbeiten.

„History may not repeat itself, but it often rhymes.“

Wie Karl Kaiser schreibt, führten die Erdölkrisen in den 1970er Jahren der Bundesrepublik ihre volkswirtschaftliche Abhängigkeit in einer sich globalisierenden Welt schmerhaft vor Augen. Heute untergräbt die exzessive deutsche Abhängigkeit von russischem Gas die Effekti-

vität der deutschen und europäischen Antwort auf den brutalen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Die folgenden Seiten zeigen eindrucksvoll, welche zentrale Rolle die DGAP bei der kritisch-konstruktiven Begleitung deutscher Außenpolitik zwischen 1973 und 2003 gespielt hat. Heute ist die DGAP mehr denn je gefordert, innovative, unabhängige und überparteiliche Analysen und prägnante Vorschläge in die Debatte einzubringen. Der oft genutzte Begriff Zeitenwende ist auch ein politisches Eingeständnis, dass gefährliche Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre übersehen wurden. Die DGAP wird deshalb engagiert zum Aufbau einer modernen und kritischen Strategic Community beitragen. Angesichts der sich dramatisch zuspitzenden geopolitischen Konfrontation und des neuen Wettbewerbs der Systeme muss die deutsche Außenpolitik auch heute noch mutig sein – und Deutschland muss Verantwortung übernehmen.

Vor diesem Hintergrund sind die vorliegenden Erinnerungen Karl Kaisers lesenswerte Inspiration und Ansporn zugleich. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre!

GUNTRAM WOLFF
DIREKTOR UND CEO
DER DGAP

INHALT

| | |
|---|-----------|
| Vorwort | 3 |
| Rückkehr aus den USA | 9 |
| Bipartisanship als Leitthema | 11 |
| Parteiübergreifende Studiengruppen | 13 |
| | |
| Herausbildung einer deutschen | |
| Strategic Community | 15 |
| Internationale Vernetzung | 16 |
| Deutsch-britische Beziehungen | 16 |
| Verbindung nach Moskau | 18 |
| Das besondere deutsch-französische Verhältnis | 23 |
| Netzwerke mit den USA | 27 |
| Kontakte mit Polen | 32 |
| Multilaterale Kooperationen | 38 |
| Wegweisende Publikationen | 45 |

| | |
|---|------------|
| Größere außenpolitische Verantwortung | |
| Deutschlands | 49 |
| Deutsche Interessen formulieren | 51 |
| Nukleare Abschreckung | 53 |
| Deutsche Außenpolitik nach 1990 | 64 |
| Ein ständiger deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat | 66 |
| Innovationen und Herausforderungen | 69 |
| Umweltpolitik | 70 |
| Kernenergie, Nichtverbreitung und Nuklearstrategie | 73 |
| Weltraumpolitik | 77 |
| Reform der außenpolitischen Entscheidungsstruktur | 79 |
| Wirtschaftliche Sicherheit und außenpolitische Verantwortung | 84 |
| Europäische Sicherheitspolitik | 86 |
| Bedrohung durch Terrorismus und Stasi | 86 |
| Umzug der DGAP nach Berlin | 89 |
| Deutschlands Vereinigung und der Berlin-Faktor | 96 |
| Abschied | 101 |
| Bibliografie | 104 |
| Impressum | 110 |

Im vorliegenden Text werden Entwicklungen in und mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) während meiner Zeit als Direktor des Forschungsinstituts behandelt, die mir persönlich wichtig erschienen und an denen ich beteiligt war, viele von ihnen nur kuriosisch und ohne auf institutionelle oder personelle Fragen einzugehen. Diese subjektive Sicht ersetzt nicht eine Geschichte der DGAP, die ihre Rolle in der deutschen und internationalen Politik und Strategiediskussion in dieser Zeit darstellt und die Rolle der vielen Personen würdigt, die dazu beitrugen – wie sie Daniel Eisermann in „Außenpolitik und Strategiediskussion“ so meisterhaft für die Zeit von 1955 bis 1972 schrieb.

RÜCKKEHR AUS DEN USA

Eine Entwicklung vor dem Jahr 1973 soll hier erwähnt werden, da ein enger Bezug zur DGAP besteht. Im Frühjahr 1968 kehrte ich aus den USA nach Deutschland zurück und folgte damit der Einladung von Karl-Dietrich Bracher, mich an der Universität Bonn zu habilitieren. Zudem nahm ich ein Angebot der Stiftung Volkswagenwerk an, als Consultant für sie zu wirken und für den von ihr gegründeten „Arbeitskreis für europäische Studien“ Vorschläge für Entwicklung und Ausbau der Disziplin der internationalen Beziehungen in Deutschland auszuarbeiten. Dieser Arbeitskreis war gegründet worden wegen eines Antrags an die Stiftung von Carl-Friedrich von Weizsäcker, eine Studie über die Wirkungen eines Atomkriegs auf Deutschland zu finanzieren. Dies nahm die Stiftung zum Anlass, die Frage einer Förderung von Studien zu strategischen und internationalen Fragen ganz grundlegend zu prüfen und ein Programm zu verabschieden, das diesen in Deutschland nur wenig entwickelten Bereich ausbauen sollte.

Dem Arbeitskreis gehörten unter anderem Richard Löwenthal, Klaus Ritter, Egon Bahr und Richard von

Weizsäcker an. Die Stiftung finanzierte mir ein Büro im Hause der DGAP in der Bonner Adenauerallee und eine halbe Schreibkraft sowie Reisemittel, um Experten in Deutschland zu kontaktieren. Der Arbeitskreis und die Stiftung akzeptierten das von mir erarbeitete Programm, und ich konnte in der Folge eine Reihe von Instituten und Wissenschaftlern einladen, Anträge an die Stiftung auf Finanzierung von Projekten zu stellen.

Die DGAP, deren Forschungsinstitut damals von Karl Carstens, dem späteren Bundespräsidenten, geleitet wurde, erhielt umfangreiche Mittel, um drei Arbeitsgruppen zu bilden, deren Arbeit 1971/72 in der Publikation dreier Bände „Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates“ resultierten („Das Ende des Provisoriums“, „Das Vordringen neuer Kräfte“ und „Der Zwang zur Partnerschaft“). Dies war der erste Versuch, im Nachkriegsdeutschland unter Beteiligung von Experten unterschiedlicher Richtung eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Außenpolitik Westdeutschlands vorzunehmen. Dieses Vorhaben hatte eine erhebliche Breitenwirkung und stärkte nicht nur die Stellung der DGAP in der deutschen Diskussion, sondern auch ihre Rolle bei der Bildung einer Strategic Community in Deutschland.

Bipartisanship als Leitthema

Drei Leitthemen waren es vor allem, die meine 30-jährige Tätigkeit in der DGAP motivierten und strukturierten. An erster Stelle nenne ich Bipartisanship, das heißt die mir aus der Erfahrung und dem Studium der amerikanischen Politik vertraute politische Tradition, der zufolge sich die politischen Parteien in den zentralen Fragen der Außenpolitik ungeachtet ihrer anderweitigen politischen Divergenzen um Gemeinsamkeit bemühen.

Ich habe diese Eigenschaft immer als eine wesentliche Grundlage der amerikanischen Führungsrolle, aber auch als eine Notwendigkeit in einer erfolgreichen Demokratie betrachtet und war fest entschlossen, diese Tradition ebenfalls in Deutschland auf meine Weise mithilfe der DGAP zu fördern. Diese auch im britischen System anzufindende Tradition war nicht nur mir aufgrund meines Studiums in Oxford und meiner Arbeit über britische Politik vertraut, sondern auch dem

ursprünglichen Gründer der DGAP, Wilhelm Cornides, der in der Frühzeit der DGAP nach New York zum Council on Foreign Relations eingeladen worden war, um während zweier Monate dort das Funktionieren des Council im Umfeld der amerikanischen politischen Kultur zu beobachten. Diese Erfahrung, aber auch die Vertrautheit von Cornides mit den Traditionen des Londoner Chatham House, haben sicherlich dazu beigetragen, dass schon in den frühen Jahren der DGAP das Bemühen um Bipartisanship die Entwicklung der Institution prägte.

Bipartisanship war umso wichtiger, als dieses Prinzip des Handelns der unseligen Tradition entgegenwirkte, die auch der deutschen Katastrophe zugrunde gelegen hatte, nämlich das Verständnis von Politik als Freund-Feind-Verhältnis, wie es in Deutschland vor allem im Werk von Carl Schmitt zum Ausdruck kam – und als dessen geradezu perfekter und leider erfolgreicher Vertreter Donald Trump die amerikanische Politik in diesem Sinne tiefgreifend veränderte.

PARTEIÜBERGREIFENDE STUDIENGRUPPEN

Ein besonders wirksames Instrument von Bipartisanship waren die Studiengruppen, in denen die Vertreter verschiedener Parteien, der Administration, der Wirtschaft, der Publizistik und der Wissenschaft vertreten waren und die jeweils von einem Bundestagsabgeordneten unterschiedlicher Parteien geleitet wurde. So war Fritz Erler, einer der führenden Politiker der SPD, der maßgeblich zur Umorientierung seiner Partei zur NATO-Mitgliedschaft beigetragen hatte, Vorsitzender der Studiengruppe Sicherheit, während Kurt Birrenbach, einer der führenden Außenpolitiker der CDU, die Studiengruppe zu Ost-West-Fragen leitete. Daniel Eisermann hat die Gründung und Frühphase der Studiengruppen in seinem Buch „Außenpolitik und Strategiediskussion“ eingehend beleuchtet; Estelle Bunout hat 2012 in einer DGAP-Publikation die Rolle der Ost-West-Gruppe für die deutsch-polnischen Beziehungen und in einer späteren Untersuchung für die Beziehungen zur Sowjetunion analysiert.

In diesen Studiengruppen, die im Laufe der Jahre auch zu anderen Themen gegründet wurden, konnten außenpolitische und außenpolitisch relevante Fragen

in einer Atmosphäre sachlicher Diskussion von den gleichen Politikern erörtert werden, die „draußen“ – im Bundestag und in der Tagespolitik – höchst kontrovers miteinander umgingen. Auch blieben diese Diskussionen immer vertraulich; selbst die Erörterung so kontroverser Fragen wie eine mögliche Anerkennung der DDR, zu der eine Studie in einer Studiengruppe diskutiert wurde, drang nicht nach außen.

Bipartisanship in Verbindung mit der Überparteilichkeit eisern aufrechtzuerhalten, war mir immer sehr wichtig; dies umso mehr, da ich als Mitglied der SPD auch selbst parteipolitisch und publizistisch tätig war. Wo immer bei Aktivitäten der DGAP, beispielsweise internationalen Konferenzen oder Lenkungsausschüssen für Begegnungen mit anderen Ländern, Gremien gebildet wurden, behandelte ich die überparteiliche Zusammensetzung als absolut zwingend (was gelegentliches Murren bei einigen SPD-Genossen auslöste, die gern eine SPD-lastigere Ausrichtung der DGAP gesehen hätten).

Herausbildung einer deutschen Strategic Community

Meine zweite Leitlinie war die Herausbildung einer deutschen Strategic Community, das heißt dazu beizutragen, dass eine größere Zahl von Personen in Parlament, politischen Parteien, Publizistik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die am öffentlichen und demokratischen Diskurs über Politik teilnehmen, über angemessene Sachkenntnis zu Fragen der internationalen Politik und Sicherheit verfügen. Von zentraler Bedeutung hierfür waren die schon erwähnten Studiengruppen zu Sicherheit, Ost-West-Beziehungen, internationaler Wirtschaft, europäischen Fragen sowie Projektgruppen zu spezifischen Themen, darunter Nichtverbreitung von Kernwaffen, Weltraumnutzung, Beobachtungssatelliten sowie deutsch-tschechische Beziehungen. Alle dienten zugleich der Rezeption von

relevanten Informationen, Interpretationen und Strategien aus dem Ausland, weshalb manchmal auch ausländische Experten an diesen Sitzungen teilnahmen.

INTERNATIONALE VERNETZUNG

Gleichermaßen bedeutsam für die Herausbildung einer Strategic Community war die internationale Vernetzung der Tätigkeit der DGAP. Diese bestand in regelmäßigen Vorträgen ausländischer Politiker und Experten sowie zahlreichen Konferenzen des Forschungsinstituts mit internationaler Zusammensetzung (immer mit Beteiligung deutscher Experten von außerhalb des Instituts) sowie in der Teilnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DGAP an ungezählten internationalen Konferenzen, oft unter Mitnahme von deutschen Politikern, Publizisten, Beamten oder externen Wissenschaftlern.

DEUTSCH-BRITISCHE BEZIEHUNGEN

Das im Laufe der Zeit ausgebaute Netzwerk zum Ausland bei gleichzeitiger Rückkoppelung zu Eliten in Deutschland war höchst vielfältig. Die älteste Verbindung wurde mit dem Royal Institute of International Affairs (RIIA /

Chatham House) in London geknüpft. Wilhelm Cornides und der langjährige Chefredakteur des *Europa-Archiv*, Herrmann Volle, hatten es noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs besucht. In meiner Zeit vertiefte sich die Kooperation erheblich. Noch vor meiner Ernennung zum Direktor und auf meine Veranlassung hin erörterte eine gemeinsame Arbeitsgruppe „Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik“, die 1970 zu einem Buch unter diesem Titel führte mit Roger Morgan und mir als Herausgeber.

Es war das erste transnationale Buchprojekt beider Institutionen überhaupt und erschien natürlich auch auf Englisch. Diesem Vorhaben folgte 1987 ein zweites Projekt über die Probleme der Sicherheitspolitik beider Länder mit John Roper und mir als Herausgeber. Der deutsche Titel „Die stille Allianz“ wurde zu einer von Politikern gern zitierten Formel. Der englische Titel war erheblich nüchterner: „British-German Defence Cooperation“. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Institute waren regelmäßige Gäste bei Konferenzen der anderen Seite, und die Zeitschriften tauschten auf ständiger Basis Artikel aus. Darüber hinaus kooperierten DGAP und RIIA in anderen Verbundprojekten, auf die noch einzugehen ist.

Eine zusätzliche Vernetzung entstand aus meiner Rolle als Mitglied des Steering Committee der jährlichen Königswinter-Konferenz, in der sich seit Gründung der Bundesrepublik Vertreter von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Publizistik abwechselnd in Königswinter und einem Ort in Großbritannien zu zentralen Themen von Politik und Gesellschaft austauschten. Wenn Deutschland Gastgeber war, tagte das Steering Committee im Hause der DGAP unter meinem Vorsitz und erörterte den immer von mir auszuarbeitenden Entwurf der Tagesordnung.

VERBINDUNG NACH MOSKAU

Ein weiteres Netzwerk, das schon vor meiner Amtseinführung begründet wurde, war die Verbindung zur sowjetischen (nach 1991 russischen) Akademie der Wissenschaften und ihres Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO). Mein Amtsvorgänger Karl Carstens hatte bei einem Besuch in Moskau mit dem Direktor Nicolai Inozemtsev, Mitglied des ZK der KPdSU und deshalb auch höchst einflussreich, beschlossen, einmal im Jahr eine Delegation zu einer Konferenz abwechselnd ins Partnerland einzuladen und daneben Besuche einzelner Mitglieder der

Institute zu arrangieren. Dabei würde – damals für die Russen wegen der Knappheit an Fremdwährung sehr wichtig – jeweils das Partnerland die lokalen Kosten einschließlich eines Taschengelds übernehmen.

Die erste Konferenz fand 1971 in Moskau statt. In meiner Zeit vertiefte sich diese Begegnungstätigkeit. Hierbei ist festzuhalten, dass dies einer der drei einzigen informellen Kommunikationskanäle zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik war, wo Repräsentanten beider Länder ein klein wenig freier diskutieren konnten als sonst unter „Offiziellen“ möglich. Die anderen waren der Bergedorfer Gesprächskreis der Körber-Stiftung und die von Otto Wolff von Amerongen (Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und Präsidiumsmitglied der DGAP) geleiteten, regelmäßig stattfindenden Wirtschaftsgespräche mit dem Europa-Institut der Akademie als Partner.

Zu den Treffen nahmen wir aus Prinzip und zur Unterstützung unserer Sicht der Position Berlins immer einen Abgeordneten aus Berlin mit (unter anderen Kurt Mattick), was in allen offiziellen deutsch-sowjetischen Begegnungen von sowjetischer Seite strikt abgelehnt wurde. Nach dem Tode Inozemtsevs im Jahr 1982 über-

nahm Alexander Jakowlew, der spätere Berater Michail Gorbatschows, die Leitung; auf ihn folgte Jewgeni Primakow, der 1998 Premierminister wurde.

Nach der deutschen Vereinigung handelte ich ein neues Abkommen über ein Forum UdSSR-BRD aus und unterzeichnete es in Gegenwart von Gorbatschow (anlässlich eines Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau, zu dem er mich als Sondergast mitgenommen hatte). Aber dann brach die Sowjetunion zusammen und wir gründeten stattdessen das Deutsch-Russische Forum im Hause der DGAP und halfen ihm beim Aufbau und bei der Organisation von Treffen dank unseres Mitarbeiters Alexander Rahr.

Über dieses Netzwerk, das auch durch viele bilaterale Reisen gestärkt wurde, entstanden mannigfache Kontakte, wurden Informationen ausgetauscht und flossen Anregungen und Ideen in den politischen und administrativen Prozess (auf unserer Seite beispielsweise durch Berichte in den Studiengruppen, Vermerke an die Administration oder Zeitungsartikel). Selbstverständlich war auf russischer Seite immer irgendein KGB-Vertrauensmann dabei, der aufpasste. Oft waren es jedoch genau diese, die besonders inter-

essant waren, da sie immer gut informiert waren und deshalb auch verlässlichere Einblicke in den sowjetischen Stand des Denkens geben konnten. Viele von uns machten vom Angebot von Reisen in andere Regionen Gebrauch, ich selbst (KGB begleitet) nach Tiflis und Taschkent und gemeinsam mit Hans-Peter Schwarz nach Kiew (in seinem Buch „Von Adenauer zu Merkel“ eingehend beschrieben).

Die Russen, die zu uns kamen, waren für Reisen ins Land sehr dankbar (fast immer auch zum Geburtshaus von Karl Marx in Trier). Einige spielten daheim eine große Rolle, zum Beispiel Primakow, den ich als Premier im Kreml besuchen konnte. In der Zeit Gorbatschows erweiterte sich der Kontaktkreis erheblich, insbesondere mit dem Europa-Institut der Akademie, namentlich Sergei Karaganow; ihm versprach ich während der Übergangswirren, mich seiner Tochter und Frau anzunehmen, falls er aufgrund seiner reformorientierten Ansichten eingesperrt werden sollte. Mit ihm und Graham Allison von der Harvard Kennedy School verfasste ich später eine gemeinsame Schrift mit Vorschlägen zur Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses: „Toward a New Democratic Commonwealth“ (1997). Die Russische Akademie der Wissenschaften verlieh mir da-

mals einen Ehrendoktor mit einer Laudatio von Georgi Arbatow, dem Direktor des USA-Instituts der Akademie.

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine vom Februar 2022 und angesichts der Brutalität der russischen Kriegsführung erscheinen die damaligen Aktivitäten der DGAP wie Zeugnisse einer versunkenen geopolitischen Epoche Europas. Damals war die Sowjetunion eine Status-quo-Macht und wir, die Experten auf beiden Seiten, versuchten, die Bemühungen der Regierungen um Stabilität unter nuklearen Bedingungen und um Auslotung von möglichen Bereichen der Kooperation auf unsere Weise zu begleiten und zu unterstützen. Die seinerzeit auf der Track-II-Ebene geschaffenen Kommunikationskanäle begannen nach dem Amtsantritt Wladimir Putins auszutrocknen, auch auf amerikanisch-russischer Seite. Nach Russlands Annexion der Krim war das während und nach dem Kalten Krieg geschaffene breit gefächerte Netz der Verbindungen zwischen Instituten und Experten praktisch lahmgelegt. Der Krieg in der Ukraine hat auch das Verhalten unserer damaligen Gesprächspartner zutiefst beeinflusst: Einige, darunter Sergei Karaganow, machten sich zu Apologeten der Putinschen Aggressionspolitik, andere zogen das Schweigen vor.

DAS BESONDERE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE VERHÄLTNIS

Ein weiteres Netzwerk, das schon vor meiner Zeit entstand, war mit dem Centre d'études de politique étrangère in Paris geknüpft worden. An ihm wurde ein Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) etabliert, wo ein Deutscher, Walter Schütze, mit Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert, zu deutsch-französischen Fragen arbeitete. Das regelmäßig in Paris tagende Comité bestand aus Persönlichkeiten beider Länder, darunter dem Direktor des DGAP-Forschungsinstituts.

Das Centre war praktisch ein Anhängsel des Quai d'Orsay, und sein Leiter Jacques Vernant immer äußerst regierungstreu. Das änderte sich, als Thierry de Montbrial, Leiter des Planungsstabs im Außenministerium und jünger als ich, die Initiative ergriff und führende westliche Institute (DGAP, Chatham House, Council on Foreign Relations) besuchte, um Anregungen für ein neues, modernes und unabhängiges Institut zu sammeln – eingehend, einschließlich der Verbindungen zur DGAP, dargestellt in Sabine Jansen: „Les boîtes à idées de Marianne“ (2017). Die Gründung gelang ihm in

kurzer Zeit und mit für französische Verhältnisse ungewöhnlicher Mobilisierung nichtstaatlicher Mittel.

Unter Montbrial wurde das institut français des relations internationales (ifri) ein besonders intensiver Kooperationspartner des DGAP-Forschungsinstituts, wozu unsere enge persönliche Freundschaft auch beitrug. Montbrial wurde mein engster Partner bei manigfachen Initiativen: bei bilateralen (so die Arbeitsgruppe über deutsch-französische Sicherheitspolitik, die 1986 in ein Buch mündete, das ich mit Pierre Lellouche in beiden Ländern herausgab) sowie bei europäischen Initiativen (siehe weiter unten, Arbeitsgruppe der europäischen Institute). Allerdings scheiterte der von ihm und mir unternommene Versuch, zwischen RIIA, ifri und DGAP eine Art föderativen Zusammenschluss zu bilden mit gemeinsamen Projekten und als Fernziel einer gemeinsamen Zeitschrift. Es scheiterte am Widerstand der damaligen Direktorin des RIIA, die ihre bornierte Little-England-Perspektive nicht überwinden konnte.

Die besondere Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses veranlasste das Auswärtige Amt, die Förderung der Arbeit des Cerfa am ifri zu auszuweiten,

und es gab schließlich auch unserem Antrag auf Gründung einer deutsch-französischen Arbeitsstelle am DGAP-Forschungsinstitut statt (wichtig genug, um erst im Chefgespräch zwischen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und dem Finanzminister Hans Matthöfer durchgesetzt zu werden). Die Berufung des ersten Leiters, Ingo Kolboom, war ein Glücksgriff, denn unter ihm blühte die Arbeit in diesem Bereich auf.

Ein besonderer Bereich im deutsch-französischen Netzwerk war die Kooperation auf dem Gebiet der Weltraumnutzung. Auf diesem Gebiet war Frankreich industriell, technologisch und politisch in Europa führend und Deutschland unterentwickelt sowie provinziell in der politischen Wahrnehmung. Deshalb begannen wir im Forschungsinstitut nicht nur auf diesem Gebiet zu arbeiten, sondern es entstand eine enge Kooperation mit französischen Experten: in Form einer gemeinsamen Studie der europäischen Institute über Europas Rolle im Weltraum sowie ab 1990 einer Arbeitsgruppe mit Henri Conze, früherer Chef der Délégation générale pour les armements, mit Parlamentariern, Industrievertretern und Wissenschaftlern, in der Fragen der Weltraumnutzung erörtert wurden. Auf französischer Seite hat hierbei sicherlich eine Rolle gespielt, dass

Frankreich Deutschland für weiterführende Projekte brauchte und deshalb der deutschen Seite „Nachhilfeunterricht“ geben musste. De facto haben wir die Gruppe auch dafür genutzt, bei bevorstehenden deutsch-französischen Konsultationen der französischen Seite Argumente zu liefern – so Präsident François Mitterrand für seine Gespräche mit Bundeskanzler Kohl, um diesen zur Zusage deutscher Beteiligung bei Projekten zu bewegen, was Kohl dann zögerlich tat, zum Teil, um seinem Partner einen Gefallen zu tun.

Interessanterweise war es die Kooperation mit französischen Institutionen, die die DGAP ins Visier der terroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) gerieten ließ – offenkundig in der Annahme, dass diese Kooperation sich auf Rüstungsprojekte bezog. Vom Bundeskriminalamt erfuhren wir, dass Mitglieder oder Sympathisanten der RAF, augenscheinlich Studierende der Bonner Uni, in der Bibliothek der DGAP deutsch-französischen Rüstungsprojekten nachgeforscht hatten. So geriet ich wohl auf die Abschussliste der RAF, nachdem Materialien über mich in einer „konspirativen Wohnung“ entdeckt wurden und mich im Übrigen ein Mitglied der RAF in einem Prozess vor Gericht der Planung des Krieges gegen die Dritte Welt beschuldigt hatte. Das

Thema RAF und auch Stasi wird später noch einmal behandelt werden.

NETZWERKE MIT DEN USA

Die Grundlagen für ein Netzwerk mit den USA wurden schon mit der Gründung der DGAP in Bonn gelegt. Der New Yorker Council war, wie schon erwähnt, für Wilhelm Cornides ein Vorbild. Am DGAP-Forschungsinstitut sorgte Uwe Nerlich für eine Rezeption der strategischen Diskussion in den USA, insbesondere über die Studiengruppe Sicherheit, deren wichtigste Stütze er mit seiner umfassenden Sachkenntnis auch nach der Gründung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und seinem Fortgang nach Ebenhausen blieb.

Amerikanische Forscher kamen regelmäßig zu Interviews und Arbeiten ans FI, desgleichen Redner für die Vortragsveranstaltungen der Mitglieder. Mit meiner Amtsübernahme wurde dieses Netzwerk dank meines amerikanischen Hintergrunds und meiner Kontakte erheblich ausgebaut. Dazu gehörten meine intensive Teilnahme an Konferenzen und Seminaren amerikanischer Institute (durchschnittlich sechs bis zehn pro Jahr, darunter mein jährlicher Vortrag vor dem

Harvard-MIT Arms Control Seminar) sowie Aussagen vor Ausschüssen des Repräsentantenhauses und des Senats. Die New York Times lud mich zu einer Serie von fünf Leitartikeln ein.

Vor allem waren es jedoch die von amerikanischen Institutionen organisierten Kommissionen zu bestimmten Fragestellungen, in denen ich mitarbeitete, die unser Netzwerk erheblich erweiterten. Mathew Specter hat in der gehaltreichen Studie „The Atlantic Realists. Empire and Political Thought between Germany and the US“ (2022) die Rolle der DGAP im Netzwerk der intellektuellen Verbindungen zwischen Deutschland und den USA bis in die achtziger Jahre eingehend gewürdigt.

Es versteht sich, dass meine Mitgliedschaft im Vorstand der Atlantik-Brücke und deren deutsch-amerikanische Aktivitäten sich mit unserem eigenen Netzwerk vermischten. Ende der siebziger Jahre waren die mangelnde Attraktivität und der Niedergang der Atlantik-Brücke so offensichtlich, dass Eric Warburg, einer der Gründerväter, Arend Oetker und mir in seiner wie immer direkten Art mitteilte, die Zeit sei gekommen, dass wir die Atlantik-Brücke „retten“ müssten. Wir sorgten dann unter Hinzuziehung einiger anderer jüngerer

„ Die internationale
Vernetzung
der DGAP trug
wesentlich dazu
bei, dass sich
in Deutschland
eine strategische
Community
entwickelte.

Mitglieder (darunter Peter Corterier, Staatsminister im Auswärtigen Amt) dafür, dass ein Personalaustausch vorgenommen wurde. Ich veranlasste DGAP-Mitarbeiterin Beate Lindemann, den Posten halbtags als Geschäftsführerin zu übernehmen; wir machten Platz unterm Dach der DGAP für die Büros und wählten Walther Leisler Kiep – selbst Teil der Verschwörung – zum neuen Vorsitzenden.

Dank dieser Maßnahmen erneuerte sich die Organisation und nahm wieder den ihr gebührenden Platz in der deutschen Zivilgesellschaft ein. Die Mitgliedschaft erweiterte und diversifizierte sich, die Veranstaltungen wurden wieder interessant. Als Ronald Reagan nach Berlin kam und Demonstrationen gegen ihn voraussehen waren und auch stattfanden, organisierten wir einen Aufruf in allen Zeitungen in beiden Sprachen, in dem wir auf die Gemeinsamkeiten der Interessen beider Länder hinwiesen.

Bemerkenswert war auch unser Versuch, in die in den USA und Deutschland ausgebrochene Holocaust-Diskussion, die seit Langem überfällig gewesen war, eine Differenzierung einzuführen: Die begrüßenswerte Diskussion des Holocaust sollte nicht dazu führen, dass

in den USA dies die einzige Information über Deutschland vermittelt und exklusiv das Bild der heutigen Demokratie bestimmt. Die in den amerikanischen Bundesstaaten überall eingeführten Holocaust-Curricula endeten 1945. Das in Washington zu eröffnende Holocaust-Museum endete in seiner Darstellung ebenfalls mit der Kapitulation Deutschlands und den Bildern der befreiten Konzentrationslager.

Wir versuchten, den Organisatoren der Curricula ein von Hans-Peter Schwarz erarbeitetes Lehrmodul über die Zeit nach 1945 zu übermitteln: Welche Lehren zog Deutschland aus der Katastrophe in Politik, Gesellschaft und Erziehung? Wiedergutmachung, Unterstützung Israels. Diese Initiative hatte keinen Erfolg. Ähnlich ging es unserem Versuch, dem Hauptinitiator und Unterstützer des Holocaust-Museums in Washington eine Darstellung der Zeit nach 1945 und der in Deutschland gezogenen Lehren aus dem Holocaust anzutragen. Als nach dem Fall der Mauer asylsuchende Immigranten in großer Zahl nach Deutschland strömten und es zu fremdenfeindlichen Angriffen auf diese kam, war die Reaktion dieser Person „Here they go again!“ und sie lehnte jegliche weitere Diskussion dieses Themas ab. Wir haben dann seitens der Atlantik-Brücke zweierlei

Schlussfolgerungen gezogen: Erstens wurde ein Programm aufgelegt, mit dem Holocaust-Lehrer zu Besuchen nach Deutschland eingeladen wurden, um die Realität des Umgangs mit der deutschen Vergangenheit kennenzulernen (die meisten waren noch nie in Deutschland gewesen). Und zweitens haben wir eine Serie von Konferenzen mit amerikanischen Juden unter Beteiligung von Israelis in Deutschland, den USA und Israel durchgeführt mit der Hidden Agenda, dass die amerikanischen Juden zur Kenntnis nahmen, wie wichtig Deutschland für das Überleben Israels geworden war. Hierbei beteiligte sich das American Jewish Committee (AJC), wobei es half, dass ich Mitglied des Advisory Board seiner Berliner Niederlassung war (bei dessen Gründung hatte ich der damaligen Leiterin Deidre Berger geholfen).

KONTAKTE MIT POLEN

Kontakte mit Polen entstanden schon vor meiner Zeit, vor allem aufgrund der Bemühungen von Eberhard Schulz, dem Stellvertretenden Direktor des Forschungsinstituts, der, selbst Polnisch sprechend, Beziehungen zu Osteuropa als Arbeitsschwerpunkt gewählt hatte. In meiner Zeit vertieften sich die

Kontakte, vor allem mit dem Polnischen Institut für Internationale Beziehungen (PISM), das dem Außenministerium angegliedert war. Die Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung erleichterte die Vertiefung in Form von gemeinsamen Konferenzen und individuellen Besuchen, an denen auf beiden Seiten auch Politiker teilnahmen.

Es war unter anderem dieser Hintergrund, der Bundeskanzler Helmut Schmidt veranlasste, mich zu bitten, ein deutsch-polnisches Forum nach dem Vorbild der deutsch-britischen Königswinter-Konferenz einzurichten. Dies geschah zu einer Zeit, als sein besonders gutes Arbeitsverhältnis mit dem damaligen polnischen Staats- und Parteichef Edward Gierek beide veranlasste, eine Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Ländern anzustoßen. Ein regelmäßiger Meinungsaustausch zwischen Repräsentanten von Politik, Publizistik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sollte hierzu beitragen.

Dass dies ungleich schwieriger sein würde als im deutsch-britischen Fall, verstand sich von selbst: aufgrund der gewaltigen Opfer Polens unter der Nazi-Herrschaft, der Mitgliedschaft beider Länder in entgegengesetzten Bündnissen, der Unterschiede in politi-

schen Regimen und nicht zuletzt aufgrund der innenpolitischen Gegensätze in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze innerhalb der Bundesrepublik.

Der von mir zu bildende Lenkungsausschuss auf deutscher Seite sollte nicht nur repräsentativ sein – also Vertreter der Kirchen, von CDU, CSU, FDP, SPD, Wirtschaft und Wissenschaft einbeziehen –, sondern gerade Vertreter derjenigen Kräfte zum Mitglied haben, die eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ablehnten. Für mich war es die Hidden Agenda des Forums, diese Kräfte in einen Dialog mit der polnischen Seite einzubinden, der hoffentlich zu einer Revision ihrer ablehnenden Haltung führen würde. Als ich der polnischen Seite mitteilte, dass ich seitens der CDU den Abgeordneten Philipp von Bismarck gewonnen hatte, gab es sofort Widerstand, da er als Präsident der Pommern-Landsmannschaft für die Polen ein rotes Tuch war. Zweimal musste ich nach Polen reisen, um die Polen, unter anderem den stellvertretenden Außenminister, zu überzeugen, dass ein Forum mit den ohnehin in der Grenzfrage Überzeugten für einen Fortschritt weit weniger im polnischen Interesse war als ein Dialog mit den Gegnern einer Anerkennung.

Das Forum tagte regelmäßig ab 1977 in beiden Ländern, die erste Sitzung fand statt in Bonn unter Beteiligung von Willy Brandt. Ich hatte erfahren, dass der KGB-Koordinationsmechanismus der kommunistischen Botschaften in Bonn versuchte, das Zustandekommen zu torpedieren. Gemeinsam mit dem polnischen Vorsitzenden Marian Dobrosielski, ehemaliger Rektor der Universität Warschau, habe ich dies mit Erfolg verhindert. Dobrosielski, Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), aber polnischer Patriot, und ich kooperierten geradezu konspirativ mit verdeckter Terminologie am Telefon und beim Spaziergang auf dem Weichseldamm, um den Mikrofonen im Landschloss zu entgehen, wo wir dinierten.

Das erste Forum auf polnischem Boden im Jahr 1978 wäre beinahe zum Desaster geworden, fand es doch in Allenstein/Olsztyń im ehemaligen Ostpreußen statt. Die CDU/CSU-Fraktion stimmte der Teilnahme ihrer beiden Vertreter nur zu, nachdem eine Erklärung formuliert wurde, in der knallhart die ablehnende Position zur Oder-Neiße-Grenze festgelegt wurde, und die bei der Abreise veröffentlicht werden sollte. Als wir jedoch in Allenstein ankamen, erreichte uns die Nachricht, dass Kardinal Wojtyla zum Papst gewählt worden war.

Die Fraktionserklärung der CDU/CSU verschwand im Wirbel dieser sensationellen Neuigkeit. Beim festlichen Abendessen gratulierte Philipp von Bismarck, ausgerechnet ein Bismarck, im Namen der deutschen Delegation den Polen zu „ihrem“ Papst. Selbst hartgesottene kommunistische Funktionäre bekamen feuchte Augen. Das Forum verlief sehr konstruktiv. Als ich diese Geschichte bei einem Bonner Abendessen einer neben mir sitzenden spanischen Diplomatengattin erzählte, kommentierte diese mahnend: „Never underestimate the Holy Spirit!“

Die politischen Entwicklungen in beiden Ländern fanden auch in den Diskussionen des Forums ihren Niederschlag. Als die Polen auf dem Krakauer Forum den deutschen Vorschlag ablehnten, auf dem Gut Kreisau in irgendeiner Form des deutschen Widerstands zu gedenken, der sich dort im Hause der Moltkes traf („dem polnischen Volk nicht zumutbar“), kam es fast zum Abbruch, der nur mit einer nächtlichen Krisensitzung im kleinsten Kreise (Ko-Vorsitzender Ryszard Wojna, ein ZK-Vertreter, Kaiser, Schulz) und dem Beschluss verhindert wurde, eine Historiker-Kommission einzusetzen, die die Rolle des Widerstands untersuchen sollte. Diese tagte auch unter dem Vorsitz von Hans-Adolf

Jacobsen, aber Taten erfolgten erst aus Anlass der Versöhnungsmesse auf dem Gut Kreisau unter Beteiligung von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki im November 1989 anlässlich des Staatsbesuchs in Warschau, den Kohl wegen des Mauerfalls unterbrechen musste. Philipp von Bismarck und ich nahmen als Sondergäste am Besuch und an der Messe teil. Dort hatten die Polen im letzten Moment einen Stein mit einer Plakette errichtet, womit an den deutschen Widerstand an diesem Ort erinnert wurde. Mit der Witwe von James von Moltke, Freya von Moltke, die in Vermont lebte, stand ich hierüber in Briefkontakt und habe sie über diese Entwicklungen informiert, ihr auch Fotos zugesandt, die ich vom Stein und der Plakette aufgenommen hatte.

In der Folgezeit begleitete das Forum, nun unter Beteiligung der ehemaligen Opposition, in seinen Diskussionen die Themen der offiziellen Verhandlungen zum deutsch-polnischen Grenzvertrag und zum Freundschaftsvertrag. Gleichzeitig bildeten wir in der DGAP eine deutsch-polnische Arbeitsgruppe, in der unter Beteiligung des Bundeskanzleramts und des Auswärtigen Amtes auf informelle Weise mit polnischen Vertretern die Themen der beiden Verträge besprochen

wurden. Beide Seiten empfanden diesen Back Channel als außerordentlich nützlich, sowohl im Hinblick auf Anregungen für die Vertragstexte als auch die innenpolitische Absicherung in der Bundesrepublik.

MULTILATERALE KOOPERATIONEN

Gemeinsam mit dem ifri in Paris bemühte ich mich, eine Kooperation der europäischen Institute für internationale Politik einzurichten. Als weitere Partner luden wir das Royal Institute of International Affairs (Chatham House), das Istituto Affari Internazionali und das Nederlands Instituut voor Internationale Betrekkingen (Clingendael) zur Mitarbeit ein. Aus der gemeinsamen Arbeit ging 1983 eine Publikation über die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft hervor, die unter dem Titel „Die EG vor der Entscheidung. Fortschritt oder Verfall“ in den jeweiligen Landessprachen erschien.

Den Abschnitt über die Sicherheit, damals ein neues Thema für die EG, hatte ich im Entwurf angefertigt. Er enthielt eine einfache Idee: Mit der fortschreitenden Erweiterung der EG wird ihre Mitgliedschaft zunehmend mit der Mitgliedschaft in der NATO identisch.

Dies sollte die EG zum Anlass nehmen, sich als europäischen Teil der NATO zu verstehen und dementsprechend sicherheitspolitische Themen zu behandeln. Diesen Gedanken griff der damalige Planungsstabchef im Auswärtigen Amt, Konrad Seitz, auf und leitete ihn an Außenminister Genscher weiter, dem dies so sehr zusagte, dass er ihn zur Grundlage der sogenannten Genscher-Colombo-Initiative machte, mit der Sicherheit als neues Aufgabengebiet der EG vorgeschlagen wurde. Leider wurde aufgrund britischen Widerstands nicht viel aus dem Vorschlag.

1988 erarbeiteten die Institute die schon erwähnte gemeinsame Publikation „Europas Zukunft im Weltraum“, die in den Sprachen der Institute erschien. Sie gab der damaligen Diskussion über die Notwendigkeit gemeinsamer europäischer Weltraumprojekte neue Impulse. 1991 folgte die Gemeinschaftsstudie „Die EG und die jungen Demokratien in Europa“.

Ein globales Netzwerk entstand mit der Gründung der G-8 Preparatory Conference, später auch „Shadow Summit“ genannt. Sie war im Grunde ein Ableger der Konferenzen der Trilateral Commission, wo sich einige der Teilnehmer über Jahre getroffen und kennengelernt

hatten. Die Initiative ging aus von C. Fred Bergsten, Direktor des Washington Institute for International Economics (heute Peterson Institute) und ehemaliger Assistant Secretary of the Treasury, von Thierry de Montbrial und meiner Person. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als Russland als achtes Mitglied zugelassen worden war und der Gipfel, der einmal als eine Art Kamingespräch unter Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing begonnen hatte, als eine riesige Schauveranstaltung in die Kritik geraten war.

Wir mobilisierten eine Reihe prominenter Mitglieder der Trilateral Commission, die einzelne Papiere schrieben (so Boris Fedoro und Robert Zoellick zu Russland, Henry Kissinger und Yoichi Funabashi zu asiatischer Sicherheit sowie John Chipman und ich zu nuklearer Proliferation), und formulierten in einer Zusammenkunft Empfehlungen, die als „Strategies for a New Century“ für den G-8-Gipfel in Okinawa 2000 den Sherpas der beteiligten Regierungen übermittelt und veröffentlicht wurden. Sie gingen in der Tat in die Vorbereitungen ein und hatten auch ein erhebliches öffentliches Echo. Die Gruppe führte ihre Arbeit bei späteren G-8-Gipfeln fort, wenn auch in unterschiedlicher Zusammensetzung, und veröffentlichte Empfehlungen für die Gipfel

in Genua (2001), Kananaskis (2002) und Evian (2003), „Restoring G-8 Leadership of the World Economy“).

Die Trilateral Commission war von David Rockefeller (Vorsitzender) und Zbigniew Brzezinski (Generalsekretär) gegründet worden, um Meinungsführer aus Nordamerika, Japan und Westeuropa zusammenzubringen. Mit Brzezinski war ich akademisch befreundet und half, die deutsche Kommission unter dem Vorsitz von Kurt Birrenbach, damals Präsident der DGAP, aufzustellen. Ich sorgte auch dafür, dass das Sekretariat ins Forschungsinstitut kam, das von Angelika Volle, später Bernhard May kompetent geleitet wurde. Das Netz der Mitglieder bestand aus zum Teil sehr einflussreichen Persönlichkeiten und half dem Institut und mir, mich näher mit japanischen und asiatischen Problemen vertraut zu machen. Bei zwei der den Diskussionen der Plenarsitzungen zugrundeliegenden Trilateral Papers fungierte ich als der europäische Autor.

Das japanische Sekretariat lag in der Hand des Japan Center for International Exchange (JCIE), das von dem als Organisator hochbegabten Tadashi Yamamoto geleitet wurde. Er half, dass sich am Rande der Trilateral Commission eine Gruppierung bildete, in der

sich Vertreter europäischer Institute und japanischer Institutionen trafen, unter anderem in Hakkone, deshalb Hakkone Group genannt. Die damals geknüpften Verbindungen trugen dann später nach meinem Übergang zur Harvard University dazu bei, den Council for Asia-Europe Cooperation zu gründen, der eine Reihe von Konferenzen organisierte und Berichte produzierte. Aber schon vorher fanden auf Initiative des Stellvertretenden Direktors des Forschungsinstituts, Joachim Krause, Konferenzen zwischen Instituten aus Ländern des Asia-Europe Meetings (ASEM) statt, in denen Themen der asiatisch-europäischen Beziehungen erörtert wurden.

Eine weitere Kooperation entstand mit dem Institute for East West Security Studies. Anfang der achtziger Jahre kontaktierte mich Alois Mertes MdB (CDU), damals Staatsminister im Auswärtigen Amt, mit dem ich mich sehr gut verstand (unter anderem waren wir Ko-Autoren in der noch darzustellenden Kontroverse mit amerikanischen VIPs zum Nicht-Ersteinsatz von Kernwaffen). Er war Mitglied im Board des in New York beheimateten Instituts, das heute East West Institute heißt. Es war von John Mroz gegründet worden, um ein Forum für Kontakte und Kooperation zwischen

Osteuropäern einerseits und Westeuropäern und Nordamerikanern andererseits ohne die Präsenz von Vertretern der sowjetischen Hegemonialmacht zu schaffen. Dies funktionierte einigermaßen gut dank der in New York arbeitenden osteuropäischen Forscher sowie mannigfacher Konferenzen und Arbeitsprojekte. Natürlich war davon auszugehen, dass irgendwo der KGB doch dabei war beziehungsweise an ihn berichtet wurde. Mertes war der Meinung, dieses Vorhaben lohne sich und riet mir, mich zu beteiligen, was ich dann tat.

Ich wurde Mitglied des Board und bald auch Vorsitzender des Academic Advisory Committee mit erweiterten Befugnissen. Über dieses Netzwerk liefen mannigfache Ost-West-Kontakte mit erheblicher Wirkung, darunter 1988 die denkwürdige Konferenz am Institut für Politik und Wirtschaft (IPW) in Ost-Berlin und Potsdam, aus deren Anlass Außenminister Genscher zum ersten Mal wieder in die DDR kam, desgleichen der stellvertretende amerikanische Außenminister John Whitehead. Uns empfing das gesamte Politbüro mit Erich Honecker an der Spitze. In diesem Rahmen fand auch das erste Treffen von hohen Militärs von Ost und West in Budapest statt, eine Konferenz, die ich vorbereitete und leitete.

Bei einem der Board Meetings des Institute for East West Security Studies im April 1999, bei dem die Kosovo-Krise erörtert wurde, fassten Peter Castenfelt und ich den Entschluss, die Initiative zur Herstellung eines Back Channel zum jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević zu ergreifen. Hierbei kombinierten wir Castenfelts gute Kontakte zur russischen Regierung – namentlich Boris Jelzin und Wiktor Tschernomyrdin, die er in Finanzfragen beraten hatte – und meine Kontakte zur Bonner Regierung. Wir arbeiteten einen Vorschlag aus, den Castenfelt mitten im Bombardement der NATO in Belgrad Milošević überbrachte. Der Vorschlag, aber auch die von Castenfelt aus Moskau übermittelte Gewissheit, dass Russland ihm bei einer Ausweitung zu einem Bodenkrieg nicht beistehen würde, trugen dazu bei, dass Milošević nachgab und kurz danach mit Martti Ahtisaari, Strobe Talbot und Tschernomyrdin ein Friedensabkommen schloss, das den Krieg beendete. Unsere Rolle wurde bekannt, als Financial Times (14.6.1999) und New York Times (15.6.1999) darüber berichteten.

Eine weitere Kooperation entstand in den achtziger Jahren in Verbindung mit der Arbeitsgruppe Nichtverbreitung von Kernwaffen (s. unten) und gleichgerich-

teten Aktivitäten des Center for Science and International Affairs der Harvard Kennedy School. Sie führte zu einer gemeinsamen Sitzung in Deutschland mit einer US-Gruppe, geleitet von Graham Allison. Dieser Gruppe gehörte auch Steven Headley an, der spätere Nationale Sicherheitsberater von George W. Bush.

WEGWEISENDE PUBLIKATIONEN

Die wohl wirkungsvollste Initiative gemeinsam mit einer amerikanischen Institution war die Gemeinschaftsstudie „Die Sicherheit des Westens. Neue Dimensionen und Aufgaben“, die Anfang 1981 zugleich auf Englisch und Französisch veröffentlicht wurde. Die Direktoren des Forschungsinstituts der DGAP, des Council on Foreign Relations, des institut français des relations internationales und des Royal Institute of International Affairs, neben mir Winston Lord, Thierry de Montbrial und David Watt, zeichneten als Autoren. In der Beratungsgruppe wirkten von deutscher Seite Wilhelm Grewe und Eberhard Schulz mit.

Die Studie erregte ein ungeahntes Aufsehen, zirkulierte als Raubdruck sowohl im ZK der KPdSU als auch in der chinesischen Kommunistischen Partei und erlebte

„Die Sicherheit
des Westens“,
eine Studie mit
unseren Partnern
in New York,
London und Paris,
zirkulierte auch
in Moskau und
Peking.

eine riesige Auflage durch die Aufnahme in den US-Book Club. In Deutschland reagierten alle Zeitungen. Den mannigfachen Empfehlungen der Studie lag eine Art Deal zugrunde, der die Lage zu Beginn der Reagan-Administration widerspiegelte. Sie propagierte einerseits die Fortsetzung von Maßnahmen der Detente, Ost-West-Verhandlungen, insbesondere zur Rüstungskontrolle, wo die europäische Seite befürchtete, dass der neu gewählte Präsident Reagan diese beenden könnte. Andererseits befürwortete die Studie ein stärkeres Engagement der Europäer, insbesondere der „Schlüsselstaaten“, auch in außereuropäischen Regionen. Dass als Schlüsselstaaten neben den USA, Frankreich und Großbritannien auch die Bundesrepublik und Japan identifiziert wurden, erregte besonderes Aufsehen und auch Kritik (dazu später mehr).

„Die europäische Herausforderung und die USA“ war der Titel des von mir verfassten Buches, das 1973 aus Diskussionen hervorging, die vom Aspen Institute (unter Leitung von Joe Slater) und der International Association for Cultural Freedom (unter Shepard Stone) in Bonn, Paris, London, Rom und Columbia (Maryland) organisiert worden waren, und zugleich auf Englisch, Französisch, Italienisch und Japanisch erschien. Daran

nahmen insgesamt 105 Personen teil, Parlamentarier, Publizisten, Intellektuelle, Wirtschaftsvertreter aus Amerika und Europa, viele davon Mitglieder des transatlantischen Establishments. Dieses Vorhaben stellte eine Art Antwort auf das Buch von Jean-Jacques Servan-Schreiber „Die amerikanische Herausforderung“ (1968) dar. Das Buch hatte ein phänomenales und durchaus positives Echo: Es trug mir den Prix Bentinck für das beste Buch über Europa ein und gab Botschafter Sigismund von Braun die Gelegenheit, das französische intellektuelle Establishment, darunter Raymond Aron und François Revel, zu einem glänzenden Empfang anlässlich der Verleihung ins Palais Beauharnais einzuladen.

Zwei weitere internationale Kommissionen, deren Arbeit zu Publikationen führten, waren das Committee of Nine der Nordatlantischen Versammlung unter dem Vorsitz von Senator Jacob Javits, in der ich als Experte bei der Erstellung des „Report on the Future of NATO under Conditions of Detente“ (1973) mitwirkte. Und „Preventing Deadly Conflict“ lautet der Titel des 1997 erschienenen Berichts einer gleichnamigen Kommission der Carnegie Corporation, an der ich beratend teilnahm.

Größere außenpolitische Verantwortung Deutschlands

Diese dritte Leitlinie entwickelte eine Tradition weiter, die auf die Gründung der DGAP zurückging, denn die Gesellschaft wurde 1955, als die Bundesrepublik ihre stark eingeschränkte außenpolitische Souveränität erhielt, ins Leben gerufen. Ihr Auftrag bestand darin, die Rolle, Aufgaben und Handlungsoptionen des wiedererstandenen (west)deutschen Staates im internationalen Geschehen zu untersuchen und die Ergebnisse in Politik, Publizistik und Wissenschaft zu verbreiten.

Als ich 1973 die Leitung des Forschungsinstituts übernahm, war aus der Bundesrepublik der sprichwörtliche „politische Zwerg und ökonomische Riese“ geworden. Das internationale System war mit der fortschreitenden Globalisierung und Ost-West-Entspannung im Wandel.

Es war offenkundig, dass hinsichtlich der Reflexion der deutschen Rolle ein großer Nachholbedarf bestand.

Ich selbst hatte hierfür meine persönlichen Vorarbeiten geleistet: Mit dem in Harvard geschriebenen Buch „German Foreign Policy in Transition. Bonn between East and West“ (1968) und der schon erwähnten Studie „Die europäische Herausforderung und die USA. Das atlantische Verhältnis im Zeitalter weltpolitischer Strukturveränderungen“ (1973).

Auch trug die Arbeit an dem von der Volkswagen-Stiftung finanzierten und von mir initiierten Programm für das Fach Internationale Beziehungen in Deutschland dazu bei, Zielvorstellungen für ein in der Bundesrepublik unterentwickeltes Feld zu erarbeiten. Die DGAP, deren Forschungsinstitut damals von Karl Carstens geleitet wurde, erhielt in diesem Rahmen die schon erwähnte größere Zuwendung, die es erlaubte, eine Serie von Diskussionsgruppen unter dem Vorsitz von Richard Löwenthal und Ulrich Scheuner einzurichten, aus deren Arbeit 1971/72 die drei bereits genannten Bände „Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates“ hervorgingen.

DEUTSCHE INTERESSEN FORMULIEREN

Die richtige und von den historischen und internationalen Umständen gebotene Fundierung der (west-)deutschen Außenpolitik in der europäischen Einigung und der NATO hatte jedoch auch eine Schattenseite: ein aus der Erinnerung an den Amoklauf des Nationalismus unter den Nazis stammendes Zögern, über eigene Interessen nachzudenken und sie zu artikulieren. Ich machte es zur Hidden Agenda der DGAP, diese, wo möglich, dafür einzusetzen, die Reflexion und öffentliche Diskussion der Interessen und Rolle (West)Deutschlands sowie seiner wachsenden außenpolitischen Verantwortung zu fördern.

Diese Frage spielte eine große Rolle, als ich mit den Direktoren der drei führenden westlichen außenpolitischen Institute – Council on Foreign Relations, Royal Institute of International Affairs und institut français des relations internationales (Winston Lord, David Watt und Thierry de Montbrial) – kooperierte, um den schon erwähnten Bericht über die Lage des Westens und die sich daraus ergebenden Folgerungen für die Außen- und Sicherheitspolitik anzufertigen. Dieser Bericht reflektierte nicht nur die Sorge der Europäer,

dass der neu gewählte Präsident Reagan die Ost-West-Entspannungspolitik beenden würde, sondern auch die Erkenntnis, dass die Europäer größere Anstrengungen in der Sicherheitspolitik leisten müssten. Deshalb lag den Empfehlungen des Berichts, der 1981 unter dem Titel „Die Sicherheit des Westens. Neue Dimensionen und Aufgaben“ (auch auf Englisch und Französisch) erschien, eine Art Deal zugrunde: Fortsetzung der Entspannungspolitik bei gleichzeitiger Stärkung des europäischen Beitrags zur westlichen Sicherheitspolitik. Letztere enthielt auch die Idee, dass Schlüsselstaaten (principal nations) – und zwar die USA, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik und Japan – besondere Verantwortung und Verpflichtungen übernehmen sollten.

Dass im Bericht die Bundesrepublik ausdrücklich als einer der Schlüsselstaaten aufgeführt wurde, löste in Deutschland eine enorme Diskussion aus mit Artikeln in allen Zeitungen – beispielsweise mit einem ganzseitigen Nachdruck in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (26.2.1981) – einschließlich einer Erklärung des Außenministers. Keine Publikation der DGAP hat jemals ein so großes Echo und eine so große weltweite Auflage erlebt. In China und der Sowjetunion wurde

der Bericht für die politischen Leitungsgremien übersetzt. Die deutsche Reaktion war eher zustimmend und berichtend, aber auch Kritik wurde laut. So bezichtigte mich der geschätzte und einer der im Fach führenden Kollegen, Ernst-Otto Czempiel, ich propagiere eine Neuauflage deutscher Kanonenboot-Politik. In Rom löste der Bericht einigen Ärger aus, nicht wegen seiner Thesen, sondern weil Italien nicht unter den Schlüsselstaaten aufgeführt war. Bei einem Besuch in Rom musste ich dazu das Klagedienst mehrerer italienischer Diplomaten anhören.

NUKLEARE ABSCHRECKUNG

Eine stärkere Profilierung deutscher Verantwortung war auch ein Motiv bei verschiedenen Aktivitäten der DGAP auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung von Kernwaffen und der Entwicklung der Nuklearstrategie. Die 1973 gegründete Projektgruppe zur Kernenergie und Nichtverbreitung wurde zum einzigen Ort in der Bundesrepublik, wo diese Fragen und ihre Konsequenzen für die deutsche Außenpolitik regelmäßig unter den Teilnehmern aus Administration, Parlament, Industrie, Wissenschaft und Publizistik erörtert wurden. Nach

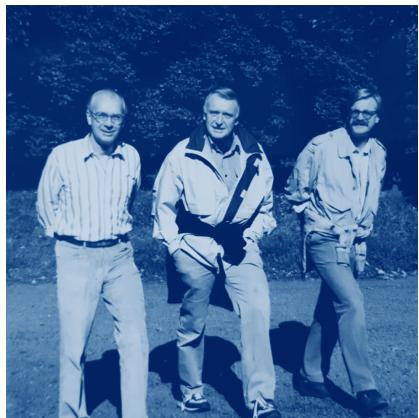
einigen Jahren wurde die Kernforschungsanlage Jülich unter der Leitung von Wolf Häfele Mitorganisator der Projektgruppe (s. auch unter „Innovationen und Herausforderungen“).

Die militärstrategischen Fragen der Kernenergie wurden vor allem in der Studiengruppe Sicherheit besprochen, darunter die für die Rolle der Bundesrepublik zentrale Frage der nuklearen Teilhabe. Für die damals von der NATO angewandte Nuklearstrategie der flexiblen Erwiderung war die Option eines Ersteinsatzes von Kernwaffen zur Abschreckung eines konventionellen Angriffs von zentraler Bedeutung. Als in den USA vier Prominente – J.F. Kennedys ehemaliger Berater McGeorge Bundy, der frühere Botschafter George F. Kennan, der ehemalige Verteidigungsminister Robert S. McNamara und der frühere Abrüstungsbeauftragte Gerard Smith – in *Foreign Affairs* (Frühjahr 1982) den Vorschlag machen wollten, auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zu verzichten, vereinbarten wir, dass deren Artikel, aber auch eine deutsche Antwort zugleich im *Europa-Archiv* und in *Foreign Affairs* erscheinen sollten.

Ich organisierte die Diskussionen und schrieb die Entwürfe einer ebenfalls recht prominenten deutschen

Gruppe, die den ehemaligen Verteidigungsminister Georg Leber (SPD), den außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Alois Mertes, General a.D. und ehemaligen Oberbefehlshaber für NATO-Mitte Franz-Josef Schulze neben mir selbst enthielt. Unser Artikel formulierte eine umfassende Begründung der nuklearen Abschreckung einschließlich der Option des Erstgebrauchs und des deutschen Interesses an beiden. Er hatte erhebliche öffentliche Wirkung, wurde vielfach nachgedruckt und beendete im Grunde die Debatte zum Erstgebrauch in der NATO. George Kennan, zu dessen 100. Geburtstag ich später in Princeton eine Laudatio hielt, sagte mir bei dieser Begegnung, dass er zwar nicht unserer Meinung sei, dass aber unsere Entgegnung das Niveau der Debatte beträchtlich erhöht habe.

Mein Eintreten für die in meinen Augen friedenserhaltende Funktion der nuklearen Abschreckung schlug sich in vielen Publikationen nieder und war auch Teil meiner Meinungsverschiedenheiten mit den antinuklearen Positionen in der SPD und ihrer prominenten Vertreter, aber auch ein verbindendes Element zu Helmut Schmidts Position in der Nachrüstungsdebatte, dem ich vor- und nachher beratend half. Erwähnenswert zum Nicht-Erstgebrauch ist noch die Tatsache,

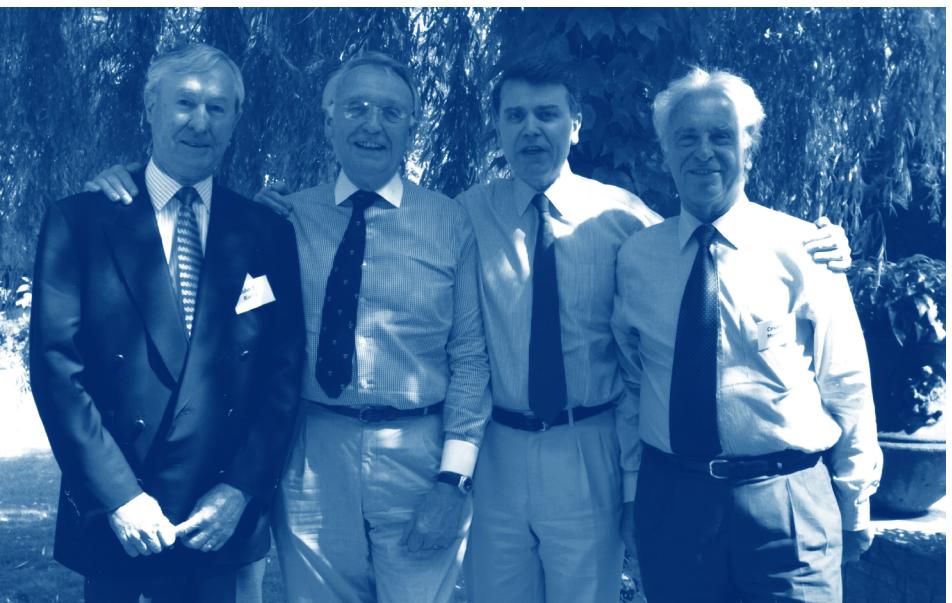


OBEN: BUCHVORSTELLUNG
1974 IN DER DGAP MIT
(V.L.N.R.) RALF DAHRENDORF,
BUNDESPRÄSIDENT WALTER
SCHEEL, VERLEGER HANS
PIPER UND KARL KAISER;
LINKS: BEIM BETRIEBSAUS-
FLUG 1983 MIT ERWIN HÄCKEL
(L.) UND INGO KOLBOOM (R.);
RECHTS: KAFFEEPAUSE BEIM
BETRIEBSAUSFLUG 1988





LINKS OBEN: DEMONSTRATION DER
IN DEN FACHINFORMATIONSVORBUND
EINGEGLIEDERTEN DATENTERMINALS
DER DOKUMENTATIONSSTELLE, HERBST
1987; **LINKS UNTEN:** BEIM EMPFANG ZUM
60.GEBURTSTAG 1984 MIT DEBORAH
KAISER UND VERTEIDIGUNGSMINISTER
RUDOLF SCHARPING, IM HINTERGRUND
THEO SOMMER UND FRANZ KLEIN;
OBEN: KAISER, AUSSENMINISTER KLAUS
KINKEL UND HANNS W. MAULL BEI DER
VORSTELLUNG DES ERSTEN BANDES
„DEUTSCHLANDS NEUE AUSSENPOLI-
TIK“, SOMMER 1994



OBEN: VIER BEFREUNDETE DIREKTOREN (V.L.N.R.) JOHN RIELLY (CHICAGO COUNCIL ON FOREIGN RELATIONS), KAISER, THIERRY DE MONTBRIAL (INSTITUT FRANÇAIS DES RELATIONS INTERNATIONALES) UND CESARE MERLINI (ISTITUTO AFFARI INTERNAZIONALI) BEI DER ABSCHIEDSKONFERENZ 2003; **RECHTS:** NACHDENKLICH BEI DER REDE ZUM ABSCHIED







EIN PROSIT MIT ZBIGNIEW BRZEZINSKI
BEIM ABSCHIEDSESSEN ZUM OFFENKUN-
DIGEN VERGNÜGEN VON AUSSENMINIS-
TER JOSCHKA FISCHER UND HANS-
DIETRICH GENSCHER

dass ich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in einem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* („Die Nuklearstrategie entrümpeln“, 3.12.1998) die These vertrat, die gewandelten internationalen Bedingungen erlaubten eine Revision der Option des Erstgebrauchs, was mir ein persönliches Dankschreiben des damaligen Außenministers Joschka Fischer, aber auch einen Gegenartikel des von mir sehr geschätzten ehemaligen Generalinspekteurs Klaus Naumann eintrug. Die seitdem eingetretenen internationalen Entwicklungen in Europa erfordern allerdings eine Aufrechterhaltung der Option des Erstgebrauchs.

DEUTSCHE AUSSENPOLITIK NACH 1990

Als im Mai 1989 US-Präsident George H. W. Bush bei einem Staatsbesuch in Deutschland der Bundesrepublik eine Mitführungsrolle als „Partnership in Leadership“ anbot, löste dies eher Unbehagen als Zustimmung, geschweige denn Konsequenzen aus. Es war die Vereinigung im Jahr 1990, die der Debatte über deutsche Verantwortung und Interessen Auftrieb gab. Die internationalen Dimensionen der Vereinigung hatte ich seinerzeit als erster in *Foreign Affairs* (Februar 1991) und im gleichen Jahr in dem Buch „Deutschlands

Vereinigung. Die internationalen Aspekte“, einschließlich der von Klaus Becher bearbeiteten relevanten Dokumente, analysiert. Den Begriff der „Wiedervereinigung“ habe ich seinerzeit vor dem Mauerfall in der New York Times kritisiert („Unity, not Reunification, for Germany“, 6.10.1989), der laut Philip Zelikov, damals im National Security Council arbeitend, dazu führte, dass die Administration in ihrer Terminologie den Begriff der Wiedervereinigung vermeidet.

In der DGAP initiierte ich eine Bestandsaufnahme, die neben kleineren Publikationen in vier Bände mündete, die unter dem Oberbegriff „Deutschlands neue Außenpolitik“ erschienen: „Grundlagen“ (Karl Kaiser und Hanns W. Maull Hrsg., 1994), „Herausforderungen“ (Karl Kaiser und Hanns W. Maull Hrsg., 1995), „Interessen und Strategien“ (Karl Kaiser und Joachim Krause Hrsg., 1996) sowie „Institutionen und Ressourcen“ (Wolf-Dieter Eberwein und Karl Kaiser Hrsg., 1998).

Der Begriff der „neuen deutschen Außenpolitik“, den ich bewusst gewählt hatte, da er die gewachsene Verantwortung des vereinten Deutschlands implizieren sollte, rief einiges Stirnrunzeln hervor. Offene Kritik gab es, als ich den Begriff der „Berliner Republik“ 1998

für den Band der Reden benutzte, zu denen ich die Vertreter aller Bundestagsparteien eingeladen hatte, um ihre jeweiligen Vorstellungen zur künftigen Außenpolitik des vereinigten Deutschlands darzulegen. Der damalige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags (Hans Stercken, CDU) benutzte eine Sitzung der Studiengruppe Sicherheit, um sich darüber zu beklagen, dass mit diesem Begriff der Erfolg und die Kontinuität der Bundesrepublik, die von Bonn aus entstand, infrage gestellt würden.

EIN STÄNDIGER DEUTSCHER SITZ IM UN-SICHERHEITSRAT

Ein anderer Bereich, wo ich eine Debatte über die gewachsene Verantwortung des vereinigten Deutschlands auslöste, war die Zusammensetzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Als erster bewirkte ich mit meinem Vorschlag eines ständigen deutschen Sitzes im *Europa-Archiv* (19/1993) eine bis heute dauernde Debatte. Wolfgang Wagner, der damalige Herausgeber der Zeitschrift, formulierte die Gegenposition. Bundeskanzler Kohl bekämpfte die Idee, die sein Außenminister Klaus Kinkel in den Gremien der Vereinten Nationen kräftig betrieb, und schickte sogar

seinen Abteilungsleiter Joachim Bitterlich nach Washington mit dem Anliegen, die Administration für eine Ablehnung dieser Idee zu gewinnen.

Auch Helmut Schmidt, mit dem ich als Berater und Helfer bis hin zur offenen Ablehnung seiner Politik durch seine Partei verbunden war, distanzierte sich öffentlich von dieser Idee (*General-Anzeiger*, 4.12.1993). Dies habe den Geruch „wilhelminischer Attitüde“. In einem Brief an ihn bedeutete ich ihm, dass Deutschland kein Kleinstaat mehr sei und er in seiner Zeit als Kanzler mit der Gründung des Weltwirtschaftsgipfels Weltpolitik betrieben habe. Letzterem stimmte er zwar zu, konnte sich aber in der Frage des Sicherheitsrats nicht bewegen. Kohl wie Schmidt waren beide der Meinung, dass Frankreich die politische Führung Europas gebühre und Deutschland bescheiden bleiben solle.
Schmidt: Unser Feld ist die Ökonomie!

Als ich gar den Begriff der „europäischen Großmacht“ für Deutschland benutzte, erhielt ich im Bundestag herbe Kritik von Rainer Barzel, dem damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion. In dieser Hinsicht war Bundespräsident Roman Herzog aufgeschlossener. Er holte mich gelegentlich in seinen Beraterkreis

zur Erörterung anstehender internationaler Probleme und der Konsequenzen für Deutschland. Er nahm die Einladung der DGAP an, aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums der Gesellschaft eine Rede – seine erste zur Außenpolitik – zu halten, zu der ich beitrag. Zu meiner großen Befriedigung übernahm er meine Formulierung „Das Ende des Trittbrettfahrens ist erreicht. Deutschland gehört zum Konzert der großen Demokratien, ob es will oder nicht“. Gelassen ertrug er die damit ausgelöste Kritik und ließ sich dadurch auch nicht davon abhalten, seine berühmten „Ruck-Reden“ zu halten, mit denen er notwendiges Handeln auf verschiedenen Gebieten anmahnte.

Innovationen und Herausforderungen

Die gesamte DGAP war eine Innovation. Sie begann mit der Gründung des Europa-Archiv (EA) im Jahr 1946 in einem zerstörten Deutschland, dessen demokratisches und publizistisches Leben dabei war wiederzuerstehen. Dies galt auch für das 1952 in Verbindung mit dem EA in Frankfurt entstandene Institut für europäische Politik und Wirtschaft. Die Aufarbeitung relevanter internationaler Geschehnisse während der NS- und der frühen Nachkriegszeit, die Rezeption der internationalen Strategiediskussion und der rationale Diskurs über die Außenpolitik des neu gegründeten Staates geschahen hier – und nach dem Umzug dann in Bonn.

Die Integration der Bundesrepublik in der NATO, Ar-
rüstung und Rüstungskontrolle, die Entwicklungen der
europäischen Einigung und die Entstehung einer neuen
Ostpolitik waren Bereiche, in denen die DGAP Erfahrung
besaß und kompetente Arbeit geleistet hatte, als ich 1973
die Leitung des Forschungsinstituts übernahm. In den

drei Jahrzehnten meiner Amtszeit stellten sich naturgemäß neue Herausforderungen, die in der DGAP zu einer Reihe von Innovationen führten.

UMWELTPOLITIK

Noch bevor ich Direktor wurde, war ich zu der Überzeugung gelangt, dass die Umweltkrise die Innenpolitik und internationale Politik tiefgreifend verändern würde. Nach meiner Rückkehr aus den USA hatte mich die Stiftung Volkswagenwerk als Consultant angeheuert, für die ich nicht nur das schon erwähnte Programm zum Ausbau der Internationalen Beziehungen in der Bundesrepublik ausarbeitete, sondern ich beriet sie auch auf anderen Gebieten. Dazu gehörte auch die Umweltpolitik – obwohl man sie damals nicht so nannte. Als Dennis Meadows vom MIT an die Stiftung einen Antrag stellte, eine umfassende Studie der Grenzen des Wachstums zu finanzieren, empfahl ich der sehr zögerlichen Stiftung nach eingehendem Studium des Antrags, das Vorhaben zu unterstützen. Wie wir heute wissen, hatte die Studie eine globale, schockartige Wirkung und gab der Umweltbewegung wie kaum eine andere Studie neue und weltweit wirkende Impulse. Ich fand es kurios, meinerseits dazu beigetragen zu haben. Und es steht auf einem

anderen Blatt, dass die Studie einen Kardinalfehler enthielt, da sie die Preisfunktion nicht berücksichtigte, die natürlich den Verbrauch knapper Ressourcen nachhaltig beeinflusst.

1970 lud mich die Bilderberg-Konferenz, eine von Prinz Bernhard der Niederlande geleitete europäisch-amerikanische exklusive Gruppe von Wirtschaftsführern, Politikern und Intellektuellen, auf Veranlassung seines Steering-Committee-Mitglieds Otto Wolff von Amerongen ein, vor der Gruppe über die internationalen Wirkungen der Umweltproblematik zu sprechen. Als ich dort meine Analyse vortrug, erhob sich die Zuhörerschaft, darunter auch die Vertreter globaler Ölriesen, wie ein Mann und widersprach mir: Ich übertreibe und man habe das Problem im Griff.

Ich brachte dann meine Überlegungen zu Papier, und das Europa-Archiv veröffentlichte den Beitrag im Dezember 1970 (im Online-Dossier zum 75-jährigen Jubiläum der Zeitschrift zu finden). Es war meines Erachtens der erste Artikel in Deutschland, der das Umweltproblem als eine internationale Frage analysierte. In der Folge wurde das Innenministerium mit seiner Abteilung Umwelt (später als eigenes Ministerium ausgegliedert)

bei ihren Überlegungen zur Gründung eines Sachverständigenrats für Umweltfragen – nach dem Vorbild des unter Richard Nixon gebildeten Council on Environmental Quality – auf mich aufmerksam. So wurde ich Mitglied des zwölfköpfigen Rates und dort vor allem für internationale Fragen zuständig. Der Rat stieß mit seinen Arbeiten eine Reihe wichtiger Innovationen an, die zum Beispiel zur Eliminierung von Blei im Benzin führten sowie zu einer Abwassergesetzgebung mit so nachhaltiger Wirkung, dass Rhein und andere Flüsse wieder gereinigt wurden.

Die Arbeit im Rat gab mir nicht nur viele neue Einsichten in die internationalen Dimensionen der Umweltproblematik – und auch die Funktion eines offiziellen deutschen Delegierten bei der ersten UN-Umweltkonferenz in Stockholm –, sondern half, diese Thematik in die Arbeit der DGAP einzuführen. Als Resultat veröffentlichten wir die erste Untersuchung überhaupt der umweltpolitischen Rolle der EG (Autor: Harald Bungarten) und die erste vergleichende Analyse, wie der kommunistische Osten und das westliche Wirtschaftssystem die Umweltproblematik behandelten (Autor: Josef Füllenbach). Das Buch über die EG-Politik führte kurioserweise zu einem Protest der italienischen Botschaft beim Auswärtigen

Amt, denn im Buch war die These vertreten, dass Italien für die schärfsten Umweltnormen in der EG eintritt, zum Teil deshalb, weil es im eigenen Land wegen des bürokratischen Vollzugsdefizits die Normen nicht umsetzen könne (eine in der EG und später EU immer wieder bei verschiedenen Ländern anzutreffende Politik). Festzuhalten bleibt auch, dass die DGAP in Deutschland die Umweltproblematik als seriöses Thema in die Disziplin der Internationalen Beziehungen einführte.

KERNENERGIE, NICHTVERBREITUNG UND NUKLEARSTRATEGIE

Als ich mein Amt als Direktor antrat, waren die friedlichen und militärischen Aspekte der Kernenergie heiß umstrittene Themen der deutschen Innenpolitik. Der Ausbau der Kernenergie stieß auf zunehmenden Widerstand und war eng verbunden mit dem gleichzeitigen Aufstieg der Partei der Grünen. Kernwaffen und die Frage der nuklearen Teilhabe seitens der Bundesrepublik waren seit Anbeginn umstrittene Fragen, und der 1968 geschlossene Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen stieß auf heftigen Widerstand in Teilen des konservativen Spektrums, während die sozial-liberale Koalition den Vertrag und den Beitritt der Bundes-

republik befürwortete. Dennoch war fundiertes Wissen über die politischen Zusammenhänge und technischen Grundlagen auf eine winzige Elite beschränkt.

Es bestand deshalb ein offenkundiger Bedarf an einer regelmäßigen Erörterung dieser Themen, die die verschiedenen Bereiche von friedlicher zu militärischer Nutzung miteinander verband und die entsprechenden Vertreter einbezog. In der DGAP hatte sich die Studiengruppe Sicherheit unter den Vorsitzenden Fritz Erler und danach Helmut Schmidt immer wieder mit Fragen der Nuklearstrategie und der Nichtverbreitung beschäftigt – durchweg auf der Grundlage von Diskussionspapieren, die Uwe Nerlich mit großer Kompetenz ausgearbeitet hatte. Nunmehr aber sollten die Thematik und der Teilnehmerkreis erweitert werden. So entstand auf meine Anregung hin die Arbeitsgruppe „Kernenergie und internationale Politik“, bei deren Finanzierung und Aufstellung ich mithalf und deren Beginn noch von Karl Carstens geleitet wurde. Ihre Mitglieder waren Vertreter der Kernenergiewirtschaft, mehrerer Bundesministerien, der Sicherheitstechnik, der Politik- und Wirtschaftswissenschaft, der Völkerrechtswissenschaft, des Parlaments, internationaler Organisationen und der Publizistik.

Das Ergebnis dieser ersten umfassenden Behandlung dieser Thematik in der Bundesrepublik wurde 1975 in dem von Beate Lindemann und mir herausgegebenen Band „Kernenergie und internationale Politik“ publiziert. Die Gruppe setzte danach ihre Arbeit fort und wurde zu einer ständigen Einrichtung, an deren Durchführung (und Finanzierung) sich später auch die Kernforschungsanlage Jülich beteiligte, und die nach dem Umzug nach Berlin von Erwin Häckel kompetent weiter betreut wurde.

Da dies die einzige Stelle war, wo ein regelmäßiger Meinungsaustausch zu diesen Fragen stattfand, versteht es sich, dass in ihr die aktuelle Politik begleitend erörtert wurde, so zum Beispiel die Kontroversen über die nukleare Exportpolitik während der Carter-Administration (vor allem im Hinblick auf Argentinien und Brasilien). Da ich die Protagonisten der neuen Nichtverbreitungspolitik Carters (durchweg die Autoren des „Mitre Report“) teils persönlich kannte, konnte ich Bundeskanzler Schmidt über die sich abzeichnende Politik beraten, deren wichtigster Beamter in der Administration kurioserweise mein enger Freund Joseph Nye war.

Die Arbeit der DGAP-Gruppe trug dazu bei, dass das Thema der Nichtverbreitung Eingang in die deutsche Politikwissenschaft fand. Joachim Krause, der von der Stiftung Wissenschaft und Politik kommend von 1993 bis 2001 das Amt des Stellvertretenden Forschungs-direktors ausübte, trug mit seinen eigenen Arbeiten zu Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Sicherheit wesentlich zum Ausbau dieses Bereichs in der DGAP und zu ihrer Außenwirkung bei.

Wie bereits erwähnt, beschäftigte ich mich intensiv wissenschaftlich und publizistisch mit Fragen der Nu-klearstrategie, wofür die Arbeitsgruppe eine Art Basis hergab. Dazu gehörten die oben dargestellte internati-onale Auseinandersetzung mit amerikanischen Exper-ten über den Nicht-Erstgebrauch von Kernwaffen und das Eintreten für die nukleare Abschreckung – aber auch die Kritik an der antinuklearen Bewegung und der entsprechenden Kräfte in der SPD, so in einem ganz-seitigen Artikel gegen Egon Bahr in der ZEIT („Anti-nu-klear im nationalen Gewand“, 1984) sowie meine Arbeit für Helmut Schmidt, insbesondere zum Nachrüstungs-beschluss, bis hin zu seiner Niederlage auf dem Kölner Parteitag der SPD. Ich blieb ihm bis an sein Lebense-nde persönlich verbunden.

WELTRAUMPOLITIK

Die deutsche Sicht der Weltraumnutzung war in der Zeit meines Amtsantritts eingeengt auf rein zivile Projekte und Grundlagenforschung. Nur mit dieser Begründung konnten öffentliche Ausgaben in diesen Sektor fließen. Es fehlte, im Gegensatz etwa zu Frankreich und natürlich den USA, jegliche Berücksichtigung strategischer und militärischer Aspekte. Die macht-politischen, ökonomischen und Hightech-Dimensionen blieben ausgeklammert. Zusätzlich mag es an der deutschen Raketenvergangenheit in der NS-Zeit gelegen haben, dass alle deutschen Beiträge zur Finanzierung europäischer Raketenprojekte penibel als ausschließlich civil begründet werden mussten.

Ich beschloss, die DGAP zur Erarbeitung einer umfassenderen Sicht der Weltraumnutzung einzusetzen, und wurde hierbei im Übrigen immer vom Wissenschaftlichen Direktorium unterstützt. Wir gründeten eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Industrie, der Sicherheitstechnik und Naturwissenschaft, der Völkerrechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft sowie der Administration, des Parlaments und der Publizistik. Sie erarbeitete ein Plädoyer für eine neue Politik mit

ihrem Bericht „Deutsche Weltraumpolitik an der Jahrhundertschwelle“, der 1986 herauskam und eine den deutschen Interessen und der Stellung der Bundesrepublik entsprechende Politik propagierte. Ihr folgte – zum ersten Mal für diesen Bereich – eine umfassendere Bestandsaufnahme in einem Band „Weltraum und internationale Politik“, den Stephan Frhr. von Welck und ich 1987 herausbrachten. Über ihn bemerkte ein Rezessor (*Das Parlament*, 1./8.4.1988), er gehöre zu den seltenen Büchern, bei deren erstmaligem Erscheinen die Öffentlichkeit „sich über eine bis dahin bestehende große Lücke überrascht klar wird“.

Weitere Berichte über „Beobachtungssatelliten für Europa“ (1990) und das Raumtransportsystem Sänger (1992) folgten. Wie schon erwähnt, kooperierten wir eng mit französischen Experten, unter anderem in einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe sowie mit dem ifri in der Erstellung des Berichts der europäischen Institute „Europas Zukunft im Weltraum“ (1988).

Wie schon im nuklearstrategischen Bereich engagierte ich mich auch bei diesen Themen publizistisch und geriet in einen handfesten, öffentlich ausgetragenen Konflikt mit der SPD-Bundestagsfraktion, deren Ableh-

nung der militärischen sowie der bemannten Nutzung des Weltraums seitens der Bundesrepublik ich kritisierte. Ein Artikel im *Vorwärts* (14.5.1988) „SPD und Weltraum: Aufbruch in die Provinz“ fasste meine Kritik zusammen.

REFORM DER AUSSENPOLITISCHEN ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUR

In meiner wissenschaftlichen Arbeit vor meiner Tätigkeit für die DGAP hatte ich eine empirisch begründete Theorie entwickelt, deren Grundgedanke es war, dass neben den inter-nationalen Beziehungen zunehmend trans-nationale Beziehungen entstehen. Abbau von Grenzbarrieren, neue Technologien des Transports und der Kommunikation wie das Internet sowie eine drastische Reduktion der Kosten grenzüberschreitender Aktivitäten hatten dazu geführt, dass zwischen den Gesellschaften ein transnationales System der Beziehungen in einer sich globalisierenden Welt entstanden ist. Dieses entwickelt sich in hohem Maße an den Regierungen vorbei, die diese Entwicklungen nur teilweise kontrollieren können. Diese Überlegungen wurden 1969 veröffentlicht in „Transnationale Politik. Zu einer Theorie der multinationalen Politik“. Joseph Nye und

Robert Keohane entwickelten ähnliche Überlegungen in ihrem Band „Transnational Relations“ (1971), in dem sie auch meinen Essay über die Unvereinbarkeit von transnationalen Beziehungen und Demokratie aufnahmen: „Transnational Relations as a Threat to the Democratic Process“ (eine These, die Dani Rodrik 2011 in seinem „The Globalization Paradox“ erneut aufgriff).

Es versteht sich, dass diese Entwicklungen tiefgreifende Auswirkungen auch auf die außenpolitische Entscheidungsstruktur der Bundesrepublik haben, denn mit der Zunahme der transnationalen Beziehungen wird jedes technische Ressort der Regierung – vom Innenministerium bis hin zum Wirtschafts- oder Umweltministerium – zum Außenministerium des von ihm verwalteten Bereichs. Damit stellt sich die Frage, wie dies mit der „klassischen“ Außenpolitik vereinbart werden kann und welche Koordinationsprobleme dies innerhalb der Bundesregierung bei der Gestaltung der Außenbeziehungen aufwirft.

Dieser Frage gingen wir schon vor meiner Amtsübernahme in der DGAP vergleichend gemeinsam mit dem Chatham House in der schon erwähnten deutsch-britischen Arbeitsgruppe nach, die zugleich auch

andere für beide Länder relevante Probleme untersuchte. Ihre Ergebnisse wurden in beiden Ländern in dem von Roger Morgan und mir herausgegebenen Band „Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik“ (1970) publiziert, über den *Foreign Affairs* kommentierte: „A superb book, by many hands on a key question“.

In diesem Zusammenhang stellte sich auch die Frage, ob unter den gewandelten Umständen eine bessere Koordination der Außen- und Sicherheitspolitik durch einen Nationalen Sicherheitsrat analog zum amerikanischen National Security Council wünschbar und umsetzbar sein könnte. Dieser Frage ging eine von Hans-Ulrich Seidt angefertigte Studie nach. Die in der deutschen Tradition verwurzelte Ressortstruktur hat deren Verwirklichung bis heute verhindert.

Damit verbunden war die Frage, ob angesichts der Vielfalt der Bereiche in den Außenbeziehungen der Bundesrepublik die im Auswärtigen Amt tätigen Diplomatinnen und Diplomaten für diese neue Welt angemessen ausgebildet waren. Das „Juristenmonopol“ beherrschte immer noch die Aufnahme in den Auswärtigen Dienst. Der Frage der Ausbildung ging

eine umfassende, von Angelika Volle, der späteren Chefredakteurin des *Europa-Archiv/Internationale Politik*, durchgeführte empirische Studie nach: „Aus- und Fortbildung für internationale Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland“ (1980). Ihr Ergebnis war ziemlich niederschmetternd. Nicht Vorbereitung, sondern „Learning on the job“ war das Grundprinzip – mit sicherlich erheblichen, wenn auch schwer abzuschätzenden Kosten für die Bundesrepublik.

Zwei Jahrzehnte später wiederholten wir die Erfassung. Bernhard May untersuchte die Ausbildung erneut und mit der Frage, ob sich etwas zum Positiven verändert hatte. Es stellte sich heraus, dass der Tanker der deutschen Bürokratie seinen Kurs nicht wesentlich zu ändern vermochte. Dies trug dazu bei, dass drei Personen und Institutionen beschlossen, dieses Thema in einem weiteren Kontext aufzugreifen: Ulrich Bopp, Geschäftsführer der Robert Bosch Stiftung, Christoph Bertram, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, und ich selbst mit der DGAP. Es war kein Zufall, dass alle drei Personen Mitglieder des Tönissteiner Kreises waren, einer Institution, die in den sechziger Jahren vom Stifterband für die deutsche Wissenschaft, DIHT, BDI, BDA und DAAD gegründet worden war, um in

Deutschland Nachwuchskräfte für internationale Aufgaben zu fördern (nicht zuletzt, weil es, anders als in Großbritannien und Frankreich, in Deutschland keine Eliteschulen gab). Ein Symposium, an dem Vertreter dieser Institutionen sowie verschiedener Ministerien und internationaler Organisationen teilnahmen, erörterte diese Themen.

Aus der Diskussion ging ein „Stuttgarter Appell an Bund und Länder, Wissenschaft und Wirtschaft. Für mehr Internationalität in Bildung, Ausbildung und Personalpolitik“ hervor. Er enthielt neben einer Darlegung der Defizite in Deutschland zahlreiche Empfehlungen für die angesprochenen Bereiche. Eine Reihe von ihnen sind in der Zwischenzeit verwirklicht worden, darunter die Einführung von Englisch in der Grundschule oder die Organisation und Förderung von Stellenbesetzungen in internationalen Organisationen durch das Auswärtige Amt. Die Arbeit der Initiatoren des Stuttgarter Appells wurde von denselben Institutionen und dem Tönissteiner Kreis in einer „Berliner Initiative“ weitergeführt, die regelmäßig tagte und eine Reihe von Untersuchungen zu diesen Fragen publizierte.

WIRTSCHAFTLICHE SICHERHEIT UND AUSSENPOLITISCHE VERANTWORTUNG

Das außenpolitische Denken in der Bundesrepublik der sechziger und siebziger Jahre litt insbesondere unter zwei Deformationen. Erstens war es die Neigung, das globale Umfeld vornehmlich als Betätigungsfeld deutscher Exporteure, also kommerziell und kaum politisch bedingt, zu sehen. Zum anderen war es die schon erläuterte Scheu, eine weiterreichende außenpolitische Verantwortung der Bundesrepublik auch nur anzudenken, schon gar nicht auf globaler Ebene.

Beiden Deformationen entgegenzuwirken – zum Teil gleichzeitig – war Ziel der Arbeit im Forschungsinstitut über „wirtschaftliche Sicherheit“, ein Konzept, das – angeregt auch durch die damalige Erdölkrise – die politische Bedingtheit wirtschaftlichen Handelns herausarbeitete und zu dessen Verbreitung im deutschen öffentlichen Diskurs wir beitrugen. Es waren vor allem die Arbeiten von Wolfgang Hager, der 1977 publizierte Band „Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben (herausgegeben von Karl Kaiser und Markus Kreis) und die bis heute hochrelevante Studie von Hanns W. Maull „Strategische Rohstoffe. Risiken für die wirtschaftliche

Sicherheit des Westens“ (1987), die diese Aspekte beleuchteten.

Damit verbunden war zugleich der Versuch, die sich aus der wirtschaftlichen Bedeutung der Bundesrepublik ergebende Verantwortung für die Gestaltung des globalen Umfelds herauszuarbeiten, wie sie in der Schaffung der G-7-Gipfel zum Ausdruck kam. Ich war Mitinitiator der von Instituten der Länder des Gipfels ausgearbeiteten Vorschläge und Anregungen für die Arbeit der Regierungen bei mehreren Gipfeln.

Die Behandlung der deutschen außenpolitischen Verantwortung ging jedoch bald über die wirtschaftlichen Sachbereiche hinaus, insbesondere mit der schon erwähnten gemeinsamen Studie mit dem amerikanischen, britischen und französischen Schwesterninstitut „Die Sicherheit des Westens“, in der die Idee der Koalition der Willigen unter Einbeziehung der Bundesrepublik für internationale Aufgaben entwickelt wurde. Die Ausgestaltung einer größeren außenpolitischen Rolle der Bundesrepublik war Ziel auch der von mir 1993 angestoßenen Debatte über einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

Die Idee einer sicherheitspolitischen Rolle der Europäischen Gemeinschaft verdankt einen wesentlichen Impuls der gemeinsamen Arbeit der europäischen Institute. Wie weiter oben dargelegt wurde, zogen diese aus der Tatsache, dass mit der EG-Erweiterung NATO- und EG-Mitgliedschaft sich zunehmend überlappten, den Schluss, dass sich die EG als europäischen Pfeiler der NATO verstehen und eine stärkere sicherheitspolitische Rolle entwickeln sollte („Die EG vor der Entscheidung. Fortschritt oder Verfall“, 1983). Diesen Gedanken griff Außenminister Genscher auf und machte ihn zur Grundlage der sogenannten Genscher-Colombo-Initiative für eine sicherheitspolitische Rolle der EG, die seinerzeit jedoch aufgrund britischen Widerstands recht bescheiden blieb und erst später mit dem Maastricher Vertrag Gestalt anzunehmen begann.

BEDROHUNG DURCH TERRORISMUS UND STASI

Der Terrorismus der Rote Armee Fraktion (RAF), der auf Personen und Institutionen des von ihr gehasssten „Establishments“ zielte, verschonte, wie schon erwähnt, auch nicht die DGAP. Das erste Opfer war

Jürgen Ponto, damals Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank und Schatzmeister der DGAP, der am 30. Juli 1977 in seinem Hause ermordet wurde. Ein weiteres Opfer war Karl-Heinz Beckurts, Mitglied unserer Arbeitsgruppe zur Kernenergie und Nichtverbreitung, ein angesehener Physiker und Vertreter der Kernenergiewirtschaft, mit dem ich auch persönlich in verschiedenen Gremien und Konferenzen zusammengearbeitet hatte. Eine Bombe tötete ihn und seinen Fahrer am 9. Juli 1986. Auch die Ermordung von Alfred Herrhausen, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, am 30. November 1989 hatte einen Bezug zur DGAP, da die Deutsche Bank ein Mitgründer und ständiger Förderer der DGAP war.

Schließlich geriet auch ich ins Visier der RAF. Sympathisanten der RAF hatten in der Bibliothek der DGAP geforscht, und Unterlagen über mich wurden in einer „konspirativen Wohnung“ gefunden. Auch klagte mich Brigitte Mohnhaupt, ein führendes Mitglied der RAF, in einem Prozess der Vorbereitung eines Krieges an. Meine Familie und ich lernten, mit der Bedrohung zu leben. Immerhin schloss die DGAP freundlicherweise eine Lebensversicherung für mich ab, und in meine Vorlesung im Audimax der Kölner Universität ging ich,

ohne dass dies die Studierenden wussten, mit schussicherer Weste und geladenem Revolver. Wenn ich das Gebäude verließ, stand dort ein Wagen mit NRW-Polizisten, die checkten, ob ich noch existierte. Das Ganze endete, als die RAF den Kampf offiziell aufgab.

Wir gingen immer davon aus, dass die DGAP für die Staatssicherheit der DDR ein interessantes Objekt darstellte, denn bei uns waren Informationen und Analysen zu finden, die für die DDR relevant sein konnten. Auch wussten wir von einer Aussage in einem Prozess in Düsseldorf, dass der DDR-Geheimdienst auf uns angesetzt war. Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern machte ich klar, dass bei jedem Gespräch mit einem Besucher aus der DDR, insbesondere vom Institut für Politik und Wirtschaft, immer ein Vermerk darüber bei der Stasi landen würde und dies deshalb bei der Unterhaltung ständig zu bedenken war.

Nach der Wende fragte ich bei der Stasi-Unterlagen-Behörde nach meiner Akte, da ich gern gewusst hätte, ob und wer uns oder mich ausspioniert hatte. Aber leider war die Akte in den Tagen des chaotischen Übergangs in der DDR – typisch bürokratisch mit Angabe der genauen Zeit und des Datums – vernichtet worden.

Mein Antrag gemäß Freedom of Information Act bei der CIA, wo ein Teil der Unterlagen der Stasi liegen (sogenannte Rosenholz-Akten), wird immer noch geprüft. Immerhin stellte sich nach der Wende heraus, dass der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Bonn, der heftig gegen meine Bundestagskandidatur agiert hatte, ein Agent der Stasi war.

UMZUG DER DGAP NACH BERLIN

Nach der Entscheidung des Bundestags für Berlin als Hauptstadt war es uns in der DGAP-Leitung klar, dass wir mit dem Umzug von Regierung und Parlament unsere Aktivität und unseren Sitz nach Berlin verlegen mussten. Zur Vorbereitung mieteten wir zwei Büros in der Rauchstraße für unsere Kontakte und gelegentlichen Vorträge, damals nicht wissend, dass dies einmal unsere Bleibe werden würde.

Über die Modalitäten unserer Präsenz in Berlin begann innerhalb der DGAP eine lebhafte Diskussion. Die Berliner Landesregierung bot, um die zögerlich beginnende Umzugsbewegung nach Berlin zu beschleunigen, damals einigen wichtigen Institutionen wie BDI und BDA, aber auch der DGAP, Liegenschaften

mit einem Sonderrabatt an. Ich besichtigte eingehend die drei Angebote, darunter das Anwesen in der Rauchstraße. Dieses stellte sich nicht nur als das einzige geeignete heraus, sondern als ideal für die Tätigkeit der DGAP mit seinen Büroräumen, vier Sitzungssälen, Platz für die Bibliothek und einer Gartenterrasse für Außenveranstaltungen. Allerdings überstieg der Preis von elf Millionen DM (einschließlich Rabatt) bei Weitem unsere Ressourcen selbst nach einem Verkauf des Bonner Hauses.

Über die Handhabung dieses Angebots entstand eine handfeste Meinungsverschiedenheit innerhalb der DGAP. Meine Position, dass mit der neu entstehenden Weltstadt Berlin und der gewachsenen Rolle des vereinten Deutschlands eine erneuerte DGAP eine größere und repräsentative Liegenschaft wie die Rauchstraße brauche, wurde von einer skeptischen Mehrheit nicht geteilt. Intern musste ich sogar mit meinem Rücktritt drohen. Eine politisch gewichtige Stimme im Präsidium argumentierte, man solle sich eine Etage kaufen, die man sich leisten könne.

Mein Gegenkonzept war, das Problem der Finanzierung „auf amerikanische Weise“ zu lösen und größere

„Von der Bonner
zur Berliner
Republik: Die
DGAP managt
den Umzug in
die Hauptstadt
und die
Neuaufstellung
ihrer Aktivitäten.

Beträge einzuwerben, nach deren Stiftern wir dann Räume des Hauses benennen würden. In der entscheidenden Sitzung des Präsidiums unterstützte Hans Merkle, damals wohl der führende Vertreter der deutschen Wirtschaft, der das Haus aus der Vorkriegszeit kannte, voll und ganz die Idee, dass die Rauchstraße bestens geeignet sei, der DGAP das unter den neuen Bedingungen des vereinten Deutschlands notwendige repräsentative Anwesen zu verschaffen. Auch hielt er das von mir vorgeschlagene Finanzierungskonzept für den besten Weg, den Ankauf zu bewerkstelligen. Seine Intervention brachte die Wende in der Diskussion des Präsidiums, das sich am Ende einstimmig für einen Kauf und die vorgeschlagene Finanzierung aussprach.

Der Konsens des Präsidiums ist im Aufruf zur Spende an die Mitglieder klar zusammengefasst, unterzeichnet vom Präsidenten Werner Lamby, vom Schatzmeister F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank), vom Geschäftsführenden Stellvertretenden Präsidenten Dieter von Würzen und mir selbst: „Wir gehen davon aus, dass angesichts des gestiegenen Analysebedarfs in einer komplexer gewordenen Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der gewachsenen internationalen Rolle des vereinten Deutschlands die Bedeutung der

DGAP in Berlin noch größer werden dürfte als in Bonn. Die DGAP möchte deshalb auch in ein Gebäude in Berlin einziehen, das ähnlich wie das Chatham House des Royal Institute of International Affairs in London, das Institut Français des Relations Internationales in Paris oder der Council on Foreign Relations in New York ein Zentrum der wissenschaftlichen Beschäftigung und des internationalen Dialogs zu Fragen der Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik werden dürfte. In zukünftigen Jahren werden dort Staatschefs, Premiers oder Außenminister Vorträge halten, Experten aus der ganzen Welt Symposien und andere Veranstaltungen besuchen sowie Wissenschaftler aus vielen Ländern Forschung über Probleme der deutschen Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik betreiben. Die DGAP wird deshalb ein Gebäude brauchen, das es ihr erlaubt, die gewachsenen Funktionen nicht nur sachgerecht, sondern auch in angemessener Form auszuüben. Die DGAP soll in Berlin „ein Gesicht“ erhalten. Unser Vorbild ist hierbei das britische Stifterinstitut.“

Nach der Entscheidung des Präsidiums habe ich mich bemüht, Persönlichkeiten und Institutionen anzusprechen, die sich in diesem Sinne an der Finanzierung

des Hauses beteiligen könnten. Konstruktiven und entscheidenden Rat gab mir hierbei Arend Oetker. Nach einem intensiven Gespräch mit Otto Wolff von Amerongen, der uns über die Jahre in vielfacher Weise geholfen hatte (weshalb das Amt des Institutedirektors nach ihm benannt wurde), erklärte Otto Wolff sich bereit, die ersten 500.000 DM zu stiften, wenn sich vier bis fünf Stifter in gleicher Höhe beteiligen würden.

Das war dann der Durchbruch, denn andere folgten: die Robert Bosch Stiftung, die Deutsche Bank, die Gebrüder von Dohnanyi, die Fritz Thyssen Stiftung und die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Frau Ursula Braun schenkte der DGAP ein großes Gebäude in Ost-Berlin, dessen Verkauf nicht nur den aufwendigen Umzug nach Berlin finanzierte. Weitere Zuwendungen kamen von Arend Oetker, Alfred Freiherr von Oppenheim und Reinhold Würth.

In der Übergangszeit vor dem Umzug im Januar 1999 hatte der Politische Club Colonia, eine von einem ehemaligen Studenten von mir gegründete Vereinigung in Köln, einen Aufruf an Künstler gestartet, um mit gestifteten Bildern den Kauf des Hauses zu unterstützen. So geschah es, dass wir etwa 40 Zeichnungen und Bilder

gestiftet bekamen, die alle in den Räumen der Rauchstraße ausgestellt und verkauft wurden und einen erfreulich hohen Betrag einbrachten.

Der Umzug und die Neuaufstellung der DGAP in Berlin warfen naturgemäß eine Fülle von Problemen auf. Dank des großartigen Einsatzes meines damaligen Stellvertreters Joachim Krause und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelang dies. Einige DGAP-Beschäftigte wollten in Bonn bleiben, alle anderen erhielten – dank der Stiftung von Ursula Braun – die Umzugskosten erstattet. Die Bibliothek wurde komplett mitgenommen. Die Akten allerdings wurden in tagelanger Arbeit von mir gesichtet, zwei gefüllte Container wurden zur Vernichtung gegeben, der Rest mitgenommen.

Vor unserem Einzug waren aufwendige Arbeiten im Haus vorgenommen worden, insbesondere die Trockenlegung des Erdgeschosses für die Aufnahme der Bibliothek. Und auch nach unserem Einzug war noch viel zu tun. Aber am 2. September 1999 konnte der neue Sitz der DGAP feierlich eingeweiht werden: mit einer Grundsatzrede von Bundeskanzler Gerhard Schröder und einem festlichen Empfang in den großen

Räumen des Erdgeschosses und der Gartenterrasse – der Ankunft in der wiedererstandenen Weltstadt Berlin angemessen.

DEUTSCHLANDS VEREINIGUNG UND DER BERLIN-FAKTOR

Zwar war Berlin aufgrund des Einigungsvertrags schon ab 1990 Hauptstadt des vereinigten Deutschlands, jedoch entbrannte über den zukünftigen Sitz von Regierung und Parlament eine heftige innenpolitische Kontroverse. Die Gegner einer Verlegung nach Berlin argumentierten unter anderem, dass Bonn für die demokratische Tradition und Verlässlichkeit des wiedererstandenen Staates stehe, während Berlin an den Größenwahn einer unseligen Vergangenheit erinnere. Viele befürworteten eine geteilte Lösung mit Bundespräsident und Bundesrat in Berlin sowie Bundestag und Regierung in Bonn. Bekanntlich beschloss der Bundestag im Juni 1991 die Verlegung von Regierung und Bundestag nach Berlin mit knapper Mehrheit (338 zu 320); der Bundesrat folgte später.

Die Hauptstadtdebatte strahlte jedoch auch ins Ausland aus, wo aus verständlichen historischen Gründen

einiges Interesse an der endgültigen Entscheidung bestand. Um einen Einblick in die dortigen Meinungen zu erhalten, richtete ich ein Schreiben an die Direktoren von außenpolitischen Instituten in West- und Osteuropa und stellte ihnen die Frage, wie sie unter Anerkennung der deutschen Letztentscheidung die beiden Optionen einer vollständigen Verlegung nach Berlin oder eine geteilte Lösung beurteilten – mit der Bitte um eine kurze Begründung.

Von den 15 Direktoren votierten vier für Berlin (Belgien, Polen, Schweden, Spanien), für Bonn und eine geteilte Lösung votierten neun (ČSFR, Dänemark, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Ungarn). Der französische Vertreter befürwortete eine zusätzliche Aufteilung mit Bundestag und Bundesrat in Berlin und Regierung in Bonn. Der schweizerische Vertreter sprach sich für Berlin aus, jedoch für Bonn im Falle einer Verwendung der bei einem ausbleibenden Umzug gesparten Mittel für den Aufbau Ostdeutschlands und Osteuropas.

Dass alle größeren Verbündeten der Bundesrepublik für Bonn votierten, ist bemerkenswert. Aus Platzgründen soll hier nur eine für die Bonner Lösung typische

Meinung zitiert werden, die von Cesare Merlini (IAI, Rom): Berlin war die Hauptstadt der Nation, „die schließlich nationalistisch, diktatorisch und expansivistisch wurde. Bonn ist die Hauptstadt der Bundesrepublik, die demokratisch, dezentralisiert und offen für die europäische Integration ist“. Die Antworten auf die Umfrage sind in einer Zusammenfassung in der Bibliothek der DGAP hinterlegt.

Schon vor dem Umzug nach Berlin hatten die Vereinigung und der Hauptstadtbeschluss tiefgreifende Auswirkungen auf die Tätigkeit der DGAP. Neben der Umbenennung des Europa-Archiv in Internationale Politik und seiner Modernisierung unter dem neuen Herausgeber Werner Weidenfeld (1995) wurden neue Arbeitsfelder eingerichtet: Besonders wichtig waren die schon erwähnten, von der Otto Wolff von Amerongen-Stiftung geförderten Analysen der Auswirkungen der internationalen Entwicklungen in Europa auf die Außenpolitik der entstehenden „Berliner Republik“, die zu mannigfachen Veranstaltungen und Publikationen führten.

Mit Hilfe der Körber-Stiftung wurde eine Arbeitsstelle Russland/GUS eingerichtet, die unter Alexander Rahr

dieses Arbeitsfeld ausweitete, das EU-Russland-Forum, später den Petersburger Dialog betreute und viele Redner nach Bonn und Berlin brachte. Eine Arbeitsstelle Polen und ein Gesprächskreis deutsch-polnische Beziehungen nahmen unter dem Vorsitz von Hans-Dietrich Genscher ihre Arbeit auf, desgleichen eine jährlich stattfindende internationale Sommerschule in der Berliner Umgebung (gefördert von der Robert Bosch Stiftung).

Nach dem Umzug kamen hinzu: eine neue Arbeitsstelle Mittelosteuropa (Bosch- und Krupp-Stiftung), ein neuer Arbeitskreis zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen unter dem Vorsitz von MdB Jörg van Essen, ein Gesprächskreis deutsch-tschechische Beziehungen unter dem Vorsitz von MdB Christian Schmidt, das Berliner Forum Zukunft zu Fragen der Luft- und Raumfahrt und europäischen Verteidigung, geleitet von Bernhard Rabert und gefördert von der EADS, eine neue Arbeitsstelle Europa und eine Studiengruppe unter dem Vorsitz von MdB Peter Altmaier sowie eine weitere über die USA und die transatlantischen Beziehungen (vom GMF gefördert). Unter dem Vorsitz des Bremer Bürgermeisters Henning Scherf wurde die Projektgruppe Weltraumpolitik neu konstituiert.

Die Zahl der Veranstaltungen mit in- und ausländischen Rednern nahm schon vor dem Umzug sowohl in Berlin als auch in Bonn bemerkenswert rapide zu. Das Interesse des Auslands an den Entwicklungen in Deutschland war naturgemäß groß und führte auch zu einer Vielzahl von Konferenzen mit ausländischen Partnern in Amerika, Europa und Asien, darunter China, Japan und Südkorea (das vor allem an möglichen Lehren aus der deutschen Vereinigung für das geteilte Korea interessiert war). Aber auch das deutsche Interesse an den Entwicklungen in den unabhängig gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken manifestierte sich in zahlreichen Begegnungen, vor allem mit Ukrainern. Im ehemaligen Königsberg veranstaltete das Forschungsinstitut zwei Konferenzen zu den deutsch-russischen Beziehungen.

2003, im letzten Jahr meiner Tätigkeit als Otto Wolff-Direktor, hatte sich die DGAP praktisch neu aufgestellt. Das galt nicht nur für Vorträge, Projekt- und Studiengruppen sowie Konferenzen, die auf das Vier- bis Fünffache des Bonner Pensums angewachsen waren, sondern auch für die Einrichtung neuer Arbeitsgebiete, die die zunehmende Bedeutung der EU, technologischer Veränderungen, der Globalisierung und des gewachse-

nen Gewichts Deutschlands widerspiegeln. Auch wurde die DGAP mit der Tätigkeit in der wiedererstandenen Weltstadt Berlin in einem in Bonn nicht erlebten Ausmaß Anlaufstelle von Forschern, Journalisten und Politikern aus dem In- und Ausland, die hier Informationen und Meinungen suchten oder weitergeben wollten. Ungleich mehr als in Bonn beteiligten sich die Zeitschrift *Internationale Politik* und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts am öffentlichen Diskurs über zentrale Fragen der deutschen und internationalen Politik.

ABSCHIED

Der seit Längerem geplanten Beendigung meiner Tätigkeit ging eine relativ intensive Vorbereitung des Übergangs mit Strukturentscheidungen zum Amt des Direktors, Ausschreibung, Wahl des Nachfolgers Eberhard Sandschneider und dessen Einarbeitung voraus.

Ein internationales Symposium markierte Ende Juni 2003 den Abschluss meiner nunmehr 30-jährigen Dienstzeit. Sein Thema „America's Changing Role in the World. Implications for World Order and Transatlantic Relations“ gab Gelegenheit, die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verbundenen zentralen Ver-

änderungen sowie Fragen, die immer im Mittelpunkt meiner wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit gestanden hatten, zu erörtern.

An der Konferenz nahmen 90 Experten aus den USA, Kanada, europäischen Ländern, Russland, Japan, China, Indonesien und natürlich Deutschland teil, viele von ihnen persönliche Freunde und Bekannte. Zu den ausländischen Teilnehmern gehörten Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Präsidentenberater, der das Einleitungsreferat hielt, Graham Allison, David Calleo, Jim Cooney, Thierry de Montbrial, Martin Feldstein, Guido Goldman, Stanley Hoffmann, Charles Maier, Cesare Merlini, Juan Ming, Janusz Onyszkiewicz, John Rielly, Helmut Sonnenfeldt, Stephen Szabo und Jusuf Wanandi.

Bei dem der Konferenz vorausgehenden festlichen Abendessen ehrten mich mehrere Redner, voran Außenminister Joschka Fischer, der mich einen „transatlantischen Patriarchen“ nannte, sowie DGAP-Präsident Hans-Dietrich Genscher, Otto Wolff von Amerongen (von Genscher verlesen) und Hans-Peter Schwarz, der mir als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums über fast zwei Jahrzehnte ein besonders enger und von mir hochgeschätzter Partner geworden war.

Wenige Tage später reisten meine Frau Deborah und ich in die USA. Für sie, ohne deren stetige Unterstützung ich die aufreibende Tätigkeit in der DGAP neben meinen Universitätsverpflichtungen nicht hätte bewältigen können, war es die Rückkehr in die Heimat. Für uns beide war es der Beginn einer neuen Lebensphase, für mich persönlich Forschung und Aufbau eines Programms zur EU und transatlantischen Beziehungen am Weatherhead Center for International Affairs und Center for European Studies sowie eine Professur an der Kennedy School of Government.

*Toad Hill Farm, Peterborough, New Hampshire,
19. Juli 2022*

BIBLIOGRAFIE

Eine vollständige Auflistung der Werke von Karl Kaiser – 59 von ihm verfasste oder herausgegebene Bücher, 21 Gutachten, 15 kleinere Schriften und 320 Artikel/Buchkapitel – ist hier nicht möglich. Unter <http://scholar.harvard.edu/karlkaiser> ist die komplette Liste zu finden.

Hier werden noch einmal jene Publikationen (in der Reihenfolge ihrer Erwähnung) aufgeführt, die in den „Erinnerungen“ genannt werden:

Daniel Eisermann: Außenpolitik und Strategiediskussion. Die DGAP 1955–1972, 1999.

Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates, Band 1: Das Ende des Provisoriums, 1971; Band 2: Das Vordringen neuer Kräfte, 1972; Band 3: Der Zwang zur Partnerschaft, 1972.

KK: EWG und Freihandelszone. England und der Kontinent in der europäischen Integration, 1963.

Estelle Bunout: Politikberatung in der jungen Bundesrepublik. Die Rolle der DGAP bei der Entwicklung der neuen Ostpolitik am Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen, DGAPanalyse Nr. 14, September 2012.

Estelle Bunout: Vertrauensbildende Gespräche als Werkzeug der Sicherheit? Die DGAP als Gesprächskanal zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland (1955–1990), in: Arnd Bauerkämper u. Natalia Rostislavleva (Hrsg.): Sicherheitskulturen im Vergleich. Deutschland und Russland / UdSSR seit dem späten 19. Jahrhundert, 2014.

KK u. Roger Morgan (Hrsg.): Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik, 1970, auch auf Englisch.

KK u. John Roper (Hrsg.): Die stille Allianz. Deutsch-britische Sicherheitskooperation, 1987, auch auf Englisch.

Hans-Peter Schwarz: Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnern- gen eines kritischen Zeitzeugen, herausgegeben von Hanns Jürgen Küsters, 2018.

KK, Sergei Karaganov u. Graham Allison: Toward a New Democratic Commonwealth, 1997.

Sabine Jansen: Les boîtes à idées de Marianne. État, expertise et relations internationales en France (1935–1985), 2017.

KK u. Pierre Lellouche, unter Mitarbeit von Nicole Gnesotto u. Ingo Kolboom (Hrsg.): Deutsch-französische Sicherheitskooperation. Auf dem Wege zur Gemeinsamkeit? 1986, auch auf Französisch.

Europas Zukunft im Weltraum, Ein gemeinsamer Bericht europäi- scher Institute, 1988.

Mathew Specter: The Atlantic Realists. Empire and Political Thought between Germany and the US, 2022.

KK et al.: Die EG vor der Entscheidung. Fortschritt oder Verfall, Gemeinschaftsstudie europäischer Institute, 1983, auch in den jewei- ligen Landessprachen.

Die EG und die jungen Demokratien in Europa, Gemeinschaftsstudie europäischer Institute, 1991, auch in den Landessprachen.

Strategies for a New Century. A Report to the Leaders of the G-8 Member Countries, 2000.

Restoring G-8 Leadership in the World Economy. Recommendations to the Evian Summit from the Shadow G-8, 2003.

KK, Richard Cooper u. Masataka Kosaka: Toward a Renovated International System, Report to the Trilateral Commission, Triangle Paper No. 14, 1977.

KK, William Hyland u. Hiroshi Kimura: Prospects for East West Relations, Report to the Trilateral Commission, Triangle Paper No. 31, 1986.

The Rationale and Common Agenda for Asia Europe Cooperation. CAEC Task Force Reports, 1997.

KK (Hrsg.): Asia and Europe. The Necessity for Co-operation, 2004.

William Wallace u. Young Soogil (Hrsg.): Asia and Europe. Global Governance as a Challenge to Co-operation, 2004.

KK, Winston Lord, Thierry de Montbrial u. David Watt: Die Sicherheit des Westens. Neue Dimensionen und Aufgaben, 1981, auch auf Englisch und Französisch.

KK: Die europäische Herausforderung und die USA. Das atlantische Verhältnis im Zeitalter weltpolitischer Strukturveränderungen, 1973, auch auf Englisch, Französisch, Italienisch und Japanisch.

The Future of NATO under Conditions of Detente. Report of the Committee of Nine to the North Atlantic Assembly, 1973.

Preventing Deadly Conflict, Carnegie Corporation, 1997.

KK: German Foreign Policy in Transition. Bonn between East and West, 1968, auch auf Italienisch.

Die westliche Macht wurde ausgehöhlt. Zur Überwindung der transatlantischen Krise. Empfehlungen der außenpolitischen Institute der vier westlichen Mächte, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.2.1981.

KK, Georg Leber, Alois Mertes u. Franz-Josef Schulze: Kernwaffen und die Erhaltung des Friedens, Europa-Archiv, Juni 12/1982.

KK: Die Nuklearstrategie entrümpeln, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.12.1998.

KK: Germany's Unification, *Foreign Affairs*, Februar 1991.

KK: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, mit den wichtigsten von Klaus Becher bearbeiteten Dokumenten, 1991.

KK: Unity, not Reunification, for Germany, *New York Times*, 6.10.1989.

KK u. Hanns W. Maull (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik (4 Bände).

Band 1: Grundlagen, 1994, Band 2: Herausforderungen, 1995;

KK u. Joachim Krause (Hrsg.): Band 3: Interessen und Strategien, 1996; Wolf-Dieter Eberwein u. KK (Hrsg.): Band 4: Institutionen und Ressourcen, 1998.

KK (Hrsg.): Zur Zukunft der deutschen Außenpolitik. Reden zur Außenpolitik der Berliner Republik, 1998.

KK: Ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat. Das Pro und Contra. Ein berechtigtes Ziel der neuen deutschen Außenpolitik, *Europa-Archiv*, 19/1993.

KK: Die Umweltkrise und die Zukunft der internationalen Politik, *Europa-Archiv*, 24/1970.

Dennis L. Meadows et al.: *The Limits to Growth*, 1972.

Harald Bungarten: Die Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaft, 1976.

Josef Füllenbach: Umweltpolitik zwischen Ost und West, 1977.

KK u. Beate Lindemann (Hrsg.): Kernenergie und internationale Politik, 1975.

KK: Anti-nuklear im nationalen Gewand. Egon Bahr und die Rückkehr zur sicherheitspolitischen Nationalstaatsidee, DIE ZEIT, 30.3.1984.

Deutsche Weltraumpolitik an der Jahrhundertschwelle. Analyse und Vorschläge für die Zukunft. Bericht einer Expertengruppe, 1986.

KK u. Stephan Frhr. von Welck (Hrsg.): Weltraum und internationale Politik, 1987.

Beobachtungssatelliten für Europa. Bericht einer Expertengruppe, 1990.

Außen- und sicherheitspolitische Aspekte des Raumfahrtsystems
Sänger, Gutachten für den Deutschen Bundestag, 1992.

KK: SPD und Weltraum: Aufbruch in die Provinz, Vorwärts, 14.5.1988.

KK: Transnationale Politik. Zu einer Theorie der multinationalen Politik, in: Ernst-Otto Czempiel (Hrsg.): Die anachronistische Souveränität, 1969.

KK: Transnational Relations as a Threat to the Democratic Process, in: Joseph Nye u. Robert Keohane: Transnational Relations, 1971.

Dani Rodrik: The Globalization Paradox. Democracy and the Future of the World Economy, 2012.

Angelika Volle: Aus- und Fortbildung für internationale Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland, 1980.

KK u. Markus Kreis (Hrsg.): Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben, 1977.

Hanns W. Maull: Strategische Rohstoffe. Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit des Westens, 1987.



Advancing foreign policy. Since 1955.

Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel. +49 30 254231-0
info@dgap.org
www.dgap.org
[@dgapev](https://twitter.com/dgapev)

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.

ISBN 978-3-9824881-0-3

Redaktion Uta Kuhlmann

Layout Luise Rombach

Fotos © Elke Schramm, DGAP

